FREITAG, 25. APRIL 2008 NR. 17 50. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

SVP KÄMPFT FÜR EINE ABSOLUTE STEUERHOHEIT

Nächste Runde in der Personenfreizügigkeit

Die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bestehenden 25 EU-Staaten sowie die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien sind zwei politische Themen, die uns in den nächsten Monaten beschäftigen werden. Weil die Erweiterung auf Rumänien und Bulgarien vor dem Volk gefährdet ist, wollen Schlaumeier aus dem Ständerat beide Vorlagen zusammenbinden. Die SVP wehrt sich gegen solch undemokratische Machenschaften.

UELI MAURER
NATIONALRAT SVP
WERNETSHAUSEN

Zur Ausgangslage

Die Schweiz muss sich vor dem Mai 2009 entscheiden, ob sie die Personenfreizügigkeit mit den 25 EU-Staaten fortführen will. Der jetzt gültige Vertrag hat eine Dauer von sieben Jahren und läuft Ende Mai 2009 ab. Der Antrag des Bundesrates auf Verlängerung der Personenfreizügigkeit wird zurzeit von der ständerätlichen Kommission behandelt und kommt bereits nächste Woche im Rahmen der ständerätlichen Sondersession zur Bereinigung. Gleichzeitig beantragt der Bundesrat die Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder Rumänien und Bulgarien auszudehnen. Er beantragt dazu eine entsprechende Übergangsfrist von sieben Jahren. Im Budget ist zudem in den nächsten fünf Jahren eine Kohäsionszahlung an die beiden Länder von 257 Millionen Franken einzustellen.

Gegen diese Erweiterung der Personenfreizügigkeit hat die SVP das Referendum angekündigt, sofern nicht auch erhebliche Vorteile für die Schweiz resultieren. Das Abkommen liegt im Interesse der EU. Die Schweiz könnte eigenständig, von irgendwo Arbeitkräfte rekrutieren. Da die anderen Parteien befürchten, dass dieses Referendum vor dem Volk Erfolg haben könnte, hat die ständerätliche Kommission aus den zwei Vorlagen des Bundesrates kurzerhand eine gemacht. Damit wäre eine differenzierte Stellungnahme zu den beiden Vorlagen nicht mehr möglich. Die SVP setzt sich gegen diese Volksverdummung zur Wehr.

Der Weg der SVP

Unsere Partei, die sich seinerzeit erfolgreich gegen den EWR-Beitritt zur Wehr gesetzt hat, hat den bilateralen Weg aufgezeigt. Klar war für uns immer, dass wir damit unsere Probleme massgeschneidert lösen und nicht das ganze einschränkende Korsett der EU, bzw. des EWR übernehmen wollen. Das heisst, dass die Schweiz in bilateralen Verträgen nicht nur zu geben hat, sondern ein Resultat erzielen soll, das unter dem Strich mindestens ausgewogen zu sein hat. Nicht alle Verträge, beispielsweise der Landverkehr oder die Personenfreizügigkeit entsprechen diesbezüglich den Vorstellungen der SVP. In der Tat trägt die Schweiz viele Lasten der EU mit.

In Bezug auf die Personenfreizügigkeit hat die SVP ja gesagt zu den ursprünglichen 15 EU-Ländern. Abgelehnt hat die SVP die Ausdehnung auf die zehn neuen Ostländer und zwar insbesondere wegen den massiven Forderungen der Gewerkschaften.

Verknüpfung mit den Steuern

Die nun beantragte Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien liegt ausschliesslich im Interesse der EU. Sie kann nicht zweierlei Staaten haben. Die Schweiz könnte hingegen Arbeitskräfte auch anderswo rekrutieren. Es gibt Hunderttausende, ja Millionen, die in der Schweiz arbeiten möchten. Wenn die Schweiz nun geben muss, ist es legitim auch etwas dafür zu erhalten. Die SVP will daher die Erweiterung der Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien mit der Frage der schweizerischen Steuersouveränität verknüpfen: Konkret fordern wir, dass die EU verbindlich auf jede Einmischung in das schweizerische Steuersystem verzichtet. Das ist für den Wirtschaftsstandort und Werkplatz Schweiz von höchster Bedeutung. Erst wenn diese Zusage wirklich vorliegt, kann über die Personenfreizügigkeit verhandelt werden. Die SVP ist dabei der Ansicht, dass die Übergangsfrist verlängert werden muss und das Rückübernahmeabkommen für Kriminelle und illegal Anwesende ausgedehnt werden muss. Die massive Zuwanderung von Romas im letzten Jahr nach Italien hat bewiesen, dass unser Land hier bessere Möglichkeiten vorsieht, als später buchstäblich das Nachsehen zu haben. Der Einwanderungsdruck der Romas hat selbst die sozialistische Mehrheit in Italien vor eine Zerreissprobe gestellt. Zweifellos müssen die bereits bestehenden Abkommen der Schweiz mit diesen Ländern diesbezüglich erweitert und ergänzt werden. Das Zettermordio gegen den SVP-Vorschlag ist unverständlich. Die absolute Steuerhoheit ist zentrales Merkmal eines souveränen Staates. Ebenso ist die offenbar unendliche Angst davor, dass die EU die anderen Verträge kündigen könnte. Auch die Schweiz könnte übrigens schon heute alle Verträge kündigen. Aber wer glaubt im Ernst daran, dass die EU beispielsweise auf die Nord-Süd-Verbindungen durch die Schweiz im Strassenverkehr freiwillig verzichten würde? Da kommt einem unvermittelt das «Totemüggerli» von Franz Hohler in den Sinn: Schauergeschichten, die so schröödcklich tönen, aber nichts als sinnlose Worthülsen sind, die nichts bedeuten und nichts aussagen!

Wie geht es weiter?

Vorab fordert die SVP, dass die beiden Vorlagen über die Personenfreizügigkeit getrennt werden, damit man zu beiden eine allenfalls unterschiedliche Meinung abgeben kann. Falls dies nicht der Fall ist, hat die SVP-Fraktion beschlossen, die «Zwillingsvorlage» mit einem Referendum zu bekämpfen. Sollten die Vorlagen getrennt werden, wird eine Mehrheit der Fraktion der Verlängerung der Freizügigkeit mit den 25 bisherigen EU-Ländern zustimmen. Damit hat die SVP-Fraktion weitestgehendes Entgegenkommen markiert.

Auf die Vorlage betreffend Erweiterung mit Rumänien und Bulgarien wird die SVP nur eintreten, wenn der Steuerstreit mit der EU in dem Sinne beigelegt wird, als die EU definitiv und verbindlich auf eine Einmischung in unsere Steuerhoheit verzichtet. Zudem sind die Bedingungen des Vertrages bezüglich Übergangsfristen und Rückübernahme zu verbessern. Insbesondere ist zu verhindern, dass die flankierenden Massnahmen erweitert werden. Hier müsste im Gegenteil die Chance für eine Verbesserung genutzt werden.

Parolen für die Volksabstimmung vom 1. Juni 2008

1. Wollen Sie die Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen» annehmen? **JA**

2. Wollen Sie die Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» annehmen? **JA**

3. Wollen Sie den Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung» annehmen? (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung») **JA**

JA zur Einbürgerungs-Initiative

Christoph Blocher

steht Red und Antwort

Demnächst in Zürich

Ort: **Im Foyer des Hallenstadions, 8050 Zürich**
Zeit: **Montag, 19. Mai 2008, 20.00 Uhr** (Türöffnung 19.00 Uhr)
Alle sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

Mein Zuhause – Unsere Schweiz

Veranstalter: SVP Kanton Zürich
Mit einer Spende auf PC 80-35741-3 unterstützen Sie diese Veranstaltung. Mit bestem Dank für Ihre Unterstützung.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Austauschwannen
• Whirlpool
• ohne Schmutz
• ohne Plättlischaden
• mit neuer Ablaufgarnitur
• 5 Jahre Garantie

Duschtrennwände
• Emailreparaturen

Rufen Sie an! Wir beraten Sie gerne.
Tonercote®

Werner Frischknecht
Badewannen-Renovationen
Bergstrasse 6A, 8117 Fällanden
Tel. 044 825 14 85, Fax 044 825 68 74
www.frischibadewannen.ch
E-Mail: badewannen@bluewin.ch

Wer reagiert, kassiert!

FIDOMA SARL
Inkasso + Verwaltung
Rainstrasse. 5 8192 Glattfelden
www.fidoma.ch

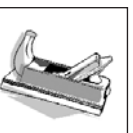
Inkasso:
Wir übernehmen das gesamte Mahnwesen und Inkassoverfahren auf Erfolgsbasis!

Immobilien:
– Verwaltung von Mietliegenschaften
– Verwaltung von Stockwerkeigentum
zu vorzüglichen Konditionen

Neu: credicheck
Die einfachste und günstigste Lösung das Debitorenrisiko zu minimieren.

Wollen Sie mehr über uns erfahren?
Herr R. Gygax erteilt Ihnen unter
043 810 73 57 gerne Auskunft.

Schreinerei Hanspeter Rütschi



Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork

und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

elana
PLUS DESSOUS BADEMODE
BRUSTPROTHESEN

Spezialgeschäft für grosse Grössen
Büstenhalter bis Cup H; Bademode bis 56;
Nachthemden bis 54; Morgenröcke bis 52.

Forchstr. 19, 8032 Zürich, 044 221 11 12
Di–Fr 9.00–18.00 Uhr,
Sa 9.00–15.00 Uhr, Mo geschlossen

Kies vom Feinsten
Aeberhardt Illnau

- **Sand**
- **Splitt**
- **Schotter**
- **Lageron**
- **Netstalerkies**
- **RC-Kies**
- **Sondermischungen**

Franko – Baustelle
079 673 03 41

Karl Marx Bertolami

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Auch Milliardäre haben noch Wünsche. Michael Ringier – dessen Familie laut Bilanz 1 bis 1,5 Milliarden Franken schwer ist – erhofft sich jedenfalls für sein Boulevardblatt «Blick» «mehr Überraschungen, sensiblen Journalismus und keine vorhersehbaren Kampagnen».

Michael Ringiers Prinzip «Führung durch Wünschen» scheint wenig erfolgversprechend zu sein, wie etwa die «Blick»-Ausgabe vom 19. April nahe legt. In der Kategorie «sensbiler Journalismus» ginge der Preis sicherlich an den Bericht «Hosenscheisser vor Gericht». Dort heisst es einleitend: «Tat er es aus Wut oder aus einem natürlichen Drang?

Jedenfalls macht Heiri K. bei einer Polizeikontrolle in die Hosen. Wortwörtlich.» Bester Boulevard – nur nicht im Feinsinne des Verlegers.*

Zweitens: «Keine vorhersehbaren Kampagnen» fahren. Hier täte die Redaktion gut daran, die gütige Fee zu spielen.

Blick-Wirtschaftsautor Silvio Bertolami spielt allerdings lieber Karl Marx. Seine Welt ist der Klassenkampf. Er überwindet täglich den Kapitalismus. Artikel für Artikel. In reinster Gewerkschafterprosa: «Hier Büezer – dort kaltschnäuzige SBB-Manager.» Am 19. April titelte Bertolami so vorhersehbar wie abgelutscht: «Superreiche immer reicher.» Zahlen lügen nicht. Ausser man rechnet falsch. 1991 hätten die zehn reichsten Zürcher 2,7 Milliarden Franken Vermögen versteuert – so viel wie «341 000 Normalos» (Blick). 2003 weisen die Zürcher Top Ten ein Vermögen von 8,5 Milliarden aus, so viel wie «465 000 Normalos». Skandal! Karl Marx nennt das «Akkumulation des Kapitals». Silvio Bertolami spricht von einer «Ballung der Vermögen». Die Superreichen werden immer reicher. Die Armen aber auch: Denn 8,5 Milliarden verteilt an 465 000 ergibt ein «Normalo»-Vermögen von 18 279 Franken – gegenüber 7917 Franken im Jahr 1991. Geht es den «Normalos» jetzt schlechter oder besser? In Franken und Rappen besser. In Neid und Missgunst schlechter.

Illustriert wird der Artikel mit dem Bild eines feurigen Lamborghini: «Die einen träumen davon, die andern brausen damit weg.» Auch der Verkauf von Luxusautos habe sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Michael Ringier wünscht sich «mehr Überraschungen» im «Blick». Wirklich überraschend wäre das Bild seines dunkelblauen Rolls-Royce Corniche Gabrio gewesen: «Ein Traum, den man sich nur einmal im Leben erfüllt», entschuldigte der «superreiche» Verleger Ringier seinen Kauf – und braust davon.

VON FALSCHEN STATISTIKEN KANN KEINE REDE SEIN

Revolver-Journalismus gegen die SVP

«Alle Schläge sind erlaubt.» Unter diesem Motto scheinen gewisse Kreise vorzugehen, wenn es darum geht, die SVP zu verunglimpfen. Neustes Beispiel: Verschiedene Journalisten ziehen die SVP wegen angeblicher Fehler in ihren Inseraten zur Einbürgerungsinitiative in den Dreck. Die Vorwürfe sind unhaltbar, von seriöser journalistischer Arbeit besteht keine Spur.

YVES BICHSEL
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Am 1. Juni stimmt das Schweizervolk über die Einbürgerungs-Initiative der SVP ab. Sie fordert, dass Ausländern, deren Einbürgerungsgesuch von der zuständigen Gemeindebehörde abgelehnt wurde, künftig keine Beschwerde mehr vor Gericht erheben können. Weiter gibt die SVP-Initiative den Gemeinden das Recht zurück, das zuständige Organ zur Erteilung des Gemeindebürgerrechts frei und ohne Einschränkungen der Gerichte zu bestimmen. Damit schafft die Einbürgerungs-Initiative die notwendigen Voraussetzungen zur Eindämmung von Masseneinbürgerungen.

Dass in der Schweiz massenhaft eingebürgert wird, geht aus den entsprechenden Statistiken rasch einmal hervor. Erstens zählte man in der Schweiz im vergangenen Jahr über 45 000 Einbürgerungen. Diese Zahl kann beispielsweise mit der Zahl von gut 54 000 Geburten von Schweizer Kindern im Jahr 2006 verglichen werden. Es gibt also nur unwesentlich mehr Geburten von Schweizer Kindern als Personen, die durch Einbürgerungen Schweizer werden. Zweitens ist die Anzahl Einbürgerungen in der Schweiz mit der Anzahl Einbürgerungen in anderen Ländern zu vergleichen. So wurden im Jahr 2006 in Deutschland knapp 125 000 Personen eingebürgert. Ein Land, das rund zehn Mal mehr Einwohner zählt als die Schweiz, bürgert nicht einmal drei Mal mehr ein als wir. Unser südliches Nachbarland Italien mit einer rund acht Mal grösseren Bevölkerung bürgert pro Jahr gar nur gut 13 000 Personen ein (Quelle: epp.eurostat.ec.europa.eu).

Journalisten gegen SVP

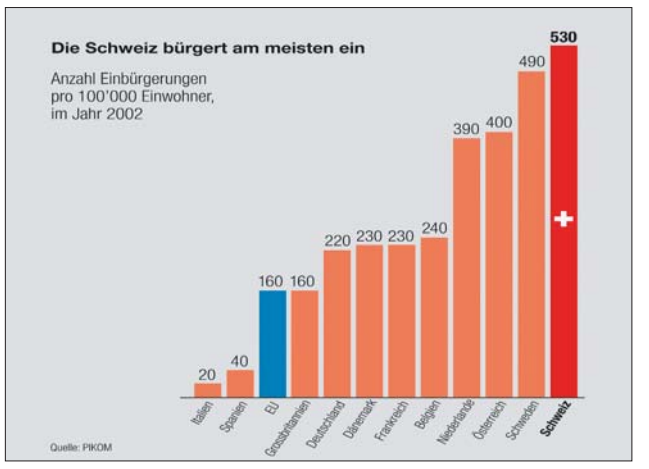
Diesen Sachverhalt legt die SVP in einem Inserat dar. «Kein anderes Land bürgert mehr ein als die Schweiz», hält die SVP dabei fest. In einem Diagramm wird aufgezeigt, wie hoch die Anzahl Einbürgerungen im Verhältnis zur Anzahl Einwohner in verschiedenen europäischen Ländern ist. Diverse Journalisten scheinen sich daran zu stören, dass die SVP diese Zahlen aufdeckt. Stefan Schmid von «St. Galler Tagblatt» unterstellt der SVP, «falsche Statistiken» zu verwenden. Dieser schweren Anschuldigung wird eine Definition eines Bundesamtes zugrunde gelegt, wonach die Einbürgerungen im Verhältnis zur Anzahl Ausländer in einem Land zu setzen seien. Daraus wird scheinbar ein Verbot abgeleitet, Einbürgerungen ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung eines Landes zu setzen. Auch im Ringier-Blatt «heute» wird von einem anonym bleibenden Journalisten mit der gleichen Begründung behauptet, die von der SVP verwendete Statistik sei falsch.

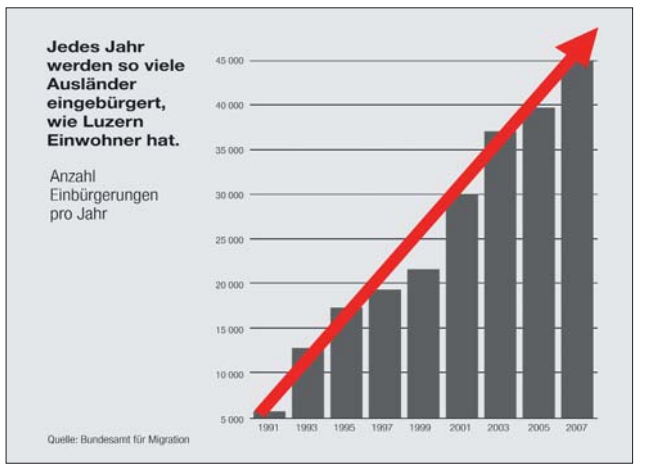
Korrekte Zahlen

Von falschen Statistiken kann keine Rede sein. Sämtliche von der SVP verwendeten Zahlen sind korrekt. Sie wurden mehrmals überprüft und mit Quellenangaben unterlegt. Besonders betrüblich am Vorgehen der erwähnten Medien ist, dass die Urheber dieses Revolver-Journalismus sich nicht einmal die Mühe nehmen, die SVP mit ihren absurden Vorwürfen zu konfrontieren. Ungeprüft werden schwere Anschuldigungen in die Welt posaunt. Von Fairness keine Spur.

Sind die Gegner der Einbürgerungs-Initiative bereits so nervös, dass sie derartige Attacken reiten, um die SVP zu verunglimpfen? Die bestehenden Missstände im Bereich der Einbürgerungen sowie die überzeugenden Antworten der SVP geben ihnen ganz offensichtlich allen Grund dazu.

Die zu Unrecht in den Dreck gezogenen Statistiken. Sämtliche Zahlen der SVP sind korrekt.





VOLKSSOUVERÄNITÄT STATT BEHÖRDENPROPAGANDA

Unsere direkte Demokratie erfordert faire, ehrliche Information

Die Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» sorgt sich um unser Land und seine einmalige direkte Demokratie. Freie Meinungsbildung und die unverfälschte Stimmabgabe sind deren Eckpfeiler. Es ist von grösster Wichtigkeit, dass diese auch in Zukunft bestehen bleibt. Denn eine gefährliche Entwicklung ist im Gange.

HANS ULRICH GRAF
ALT NATIONALRAT
BÜLACH

Unsere direkte Demokratie ist ohne faire und ehrliche Information undenkbar. Sie ist Voraussetzung für die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe, wie sie Artikel 34, Absatz 2 unserer Bundesverfassung festgelegt hat. Bedauerlicherweise hat sich der Bundesrat in den vergangenen 20 Jahren schrittweise von dieser Grundregel entfernt. Dieser bedenklichen und gefährlichen Entwicklung ist Einhalt zu gebieten, sonst mutiert unsere direkte Demokratie scheibchenweise zu einer gelenkten Demokratie, in der die erwähnte freie Meinungsbildung unterbunden, ja ausgeschaltet wird.

Der verfassungsrechtliche Informationsauftrag des Bundesrates muss der umfassenden Meinungsbildung dienen. Keinesfalls soll er für von Parlament und Regierung favorisierte Lösungsvorschläge missbraucht werden.

Beispiele unzulässiger Einmischung des Bundesrates

Abstimmung über die «nachgeführte» Bundesverfassung
Eine international tätige PR-Agentur und eine departementsübergreifende Arbeitsgruppe verhinderten unter bewusst aufgebautem Zeitdruck eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit. Gleichwohl wurde eine deutliche Ablehnung des Stimmvolkes erkennbar. Da wandte sich der damalige Justizminister Bundesrat Arnold Koller in letzter Minute kniefällig an die Chefredaktoren der grössten Zeitungen und bat sie um Unterstützung. Dank dieses undemokratischen Tricks ging die Zitterpartie noch zu seinen Gunsten aus. Allerdings brachte die «neue» Bundesverfassung eine bedauerliche markante Entwertung des Schweizer Bürgerrechts.

Abstimmung über die Armee XXI
Im Mai 2003 deckte Bundesbern das Volk erneut mit einer Propaganda-Lawine zu. Bundesrat Samuel Schmid absolvierte mit seinen Helfershelfern über 50 Auftritte für die Armee XXI, die allen Anforderungen gerecht werde. Die autonome Verteidigung des Landes sei sichergestellt wie auch die Miliz und unsere Neutralität, ein Nato-Beitritt komme nicht in Frage. Die politische Wirklichkeit sieht – leider! – ganz anders aus. War alles eine bewusste Irreführung Sämi Schmids?

Abstimmung über Schengen und die Personenfreizügigkeit
Zwei Jahre vor der Abstimmung im Jahre 2005 wurde ein Integrationsbüro mit der Ausarbeitung eines «Schlachtplans» betraut. Wirtschaft, Gewerkschaften und Parteien wurden durch den Bundesrat und seine Versprechungen zum Mitmachen gewonnen. Die Arbeitgeber (Economiesuisse) finanzierten die Propagandawalze. Warten wir einmal ab, was mit der freien Fahrt über unsere Grenzen auf uns zukommen wird! Immerhin haben wir ja am 1. Juni die nicht wiederkehrende Chance, die Inkraftsetzung des Schengen-Vertrags wuchtig abzulehnen!

Die teure Propaganda-Walze von Bundesbern
Dass die Beeinflussung der Stimmberechtigten durch Hunderte von sogenannten Kommunikationsexperten viel Geld kostet, ist einleuchtend. In den 1970er-Jahren hatte nicht einmal jedes Departement einen eigenen Pressesprecher. Im Jahre 2001 hatte der Bund schon rund 300 Vollzeitstellen für Kommunikation geschaffen. Die Kosten beliefen sich auf 82 Millionen Franken. Gespannt darf man auf das angekündigte neue Rechnungsmodell sein, das demnächst die Zahlen für 2007 präsentiert, nachdem für die Jahre 2005 und 2006 auf eine Offenlegung verzichtet wurde.

Der indirekte Gegenvorschlag des Parlamentes – ein trojanisches Pferd

Ein weiterer schwergewichtiger Grund, die Initiative anzunehmen, ist der ominöse Gegenvorschlag. Würde die Initiative nämlich abgelehnt, haben die Eidgenössischen Räte bereits die Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte beschlossen: Damit würde exakt das Gegenteil der Initiative erreicht. Der Bundesrat würde verpflichtet, überall die Meinung der Mehrheit des Parlamentes zu vertreten. Anstatt staatliche Propaganda als solche in die Schranken zu weisen, würde die Propagandatätigkeit von Bundesrat und Bundesverwaltung zementiert. Die ständige Bearbeitung der öffentlichen Meinungsbildung, finanziert mit Steuermitteln, würde damit gesetzlich abgesegnet. Die jeweilige Parlamentsmehrheit erhielte dadurch Verstärkung durch die Steuermillionen aus der Bundeskasse: Das staatlich legitimierte Propagandaministerium schweizerischer Prägung wäre geboren!

Schimpfwort «Maulkorbinitiative»

Unkorrekt hat sich Bundesrat Couchpin bei der Vorstellung der Abstimmungsvorlage vom 1. Juni 2008 verhalten, als er die Initiative Volkssouveränität statt Behördenpropaganda als Maulkorbinitiative bezeichnete. Dass er damit unfair handelte und sich schon vor der Abstimmung auf die Gegnerseite begab, indem er sich des von den Bundeshaus-Propagandisten vorgegebenen Schimpfwortes bediente, ist eines Bundespräsidenten unwürdig. Denn niemand und schon gar nicht die Initianten wollen dem Bundesrat das Wort verbieten. Bundesrat und Verwaltung können und sollen umfassend orientieren, und zwar während der ganzen Vorbereitung, Vernehmlassung und Beratung, wo sie dazu reichlich Gelegenheit haben. Ausserdem verfassen sie das Bundesbüchlein, das allen Stimmberechtigten zugestellt wird. Ferner steht ihnen ein Auftritt im Fernsehen und Radio zur Verfügung. Es kann also keine Rede davon sein, der Bundesrat dürfe sich nicht mehr äussern.

Schweizerinnen und Schweizer brauchen keine Vordenker

Die Initiative sorgt sich um unser Land und seine einmalige direkte Demokratie. Die Bedeutung einer Initiative darf nicht herabgemindert werden. Die Initiative gegen Staatspropaganda wird von den sogenannten etablierten Parteien nicht mitgetragen. Offensichtlich hat man bei ihnen noch nicht zur Kenntnis genommen, was für ein einmaliges Gut unsere funktionierende direkte Demokratie ist. Sorgen wir dafür, dass sie durch ehrliche, faire Information erhalten bleibt. Denn die Schweizer Stimmberechtigten sind auf dieser Basis sehr wohl imstande, sich eine eigene Meinung zu bilden und zu entscheiden. Vordenker brauchen sie nicht!

Freisinniger Gaullismus

zac. Mit gewissen Verbündeten braucht man keine Feinde mehr. Der französische General Charles de Gaulle entwickelte das Prinzip, seinen Verbündeten ständig auf den Geist zu gehen und ihnen in den Rücken zu fallen, gar zur Staatsdoktrin. Diesem Ziel scheint sich auch der Schaffhauser FDP-Kantonsrat und Rechtsanwalt Gerold Meier verschrieben zu haben. Meier erachtet die Forderung der SVP an die Adresse der Bündner Bundesrätin, die SVP und die Landesregierung zu verlassen, als vollendeten Nötigungsversuch und hat deshalb bei der Bundesanwaltschaft eine Anzeige gegen die Verantwortlichen der SVP Schweiz eingereicht. Auf diese Idee ist nicht einmal der Kommunist Zysiadis gekommen.

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

DEUTLICHE ABFUHR DER LINKEN

Kantonsrat stoppt Ablenkungsmanöver des Notter-Klüngels

Der Kantonsrat hatte sich vergangenen Montag mit einem ungewohnten Thema zu beschäftigen: Es ging um ein Gesuch der Staatsanwaltschaft, gegen einen Oberrichter eine Strafuntersuchung zu eröffnen. Der Rat erteilte dem Anliegen eine klare Absage, was anhand der Debatte, die fast zwei Stunden dauerte, nicht zu erwarten war.

zac. «Angriff ist die beste Verteidigung.» Das scheint man sich auch im Umfeld von Justizdirektor Notter gesagt zu haben, als bekannt wurde, dass der Mann, der vergangenen September in Wetzikon einen Taxifahrer tödlich verletzt hatte, zum Tatzeitpunkt eigentlich in Haft hätte sein sollen. Stattdessen war er zehn Tage vorher – gegen den Willen und die Empfehlung der zuständigen Klinik – aus einem fürsorgerischen Freiheitsentzug entlassen worden.

Der Mann war bereits in einem im Juli 2007 erstellten Gutachten als gemeingefährlich beurteilt worden. Und ein Oberrichter hatte daraufhin die Anweisung gegeben, den 54-Jährigen wegen Gemeingefährlichkeit in Sicherheitshaft zu nehmen, sobald eine geeignete Unterbringung gewährleistet sei. Hier witterten «Notters Freunde» ihre Chance, um von ihrer Untätigkeit abzulenken: Als läge die Dringlichkeit nicht im Wesen einer Sicherungsmassnahme, versuchten sie, die richterliche Anweisung dahingehend auszulegen, sie seien an einem unverzüglichen Handeln geradezu gehindert worden. Dabei müssen sie selbst einräumen, dass ein normales Gefängnis genügt hätte.

Kein genügender Anfangsverdacht

Aufgrund der Vorermittlungen der Staatsanwaltschaft standen neben dem Oberrichter auch fünf Beamte im Verdacht, durch sorgfaltswidriges Verhalten die Tötung am Taxifahrer begünstigt zu haben. Die Anklagekammer des Obergerichts verweigerte jedoch der Staatsanwaltschaft die Ermächtigung, gegen die Beamten eine formelle Strafuntersuchung einzuleiten. Dies begründete sie mit einem ungenügenden Anfangsverdacht. In dieser Angelegenheit sind noch Rekurse der Staatsanwaltschaft und der Hinterbliebenen des Opfers hängig.

Das Problem, lies «der Schlendrian» liegt eindeutig beim Vollzug. Und damit in der «Direktion Notter». Einmal mehr, muss man sagen. Dem Oberrichter – er ist Mitglied der SVP, was den Irrlauf der SP erklären dürfte, ging es lediglich darum, sicherzustellen, dass für eine geeignete Unterbringung gesorgt ist. Er weiss wohl aus Erfahrung nur allzu gut, dass im Amt für Justizvollzug nichts selbstverständlich ist – nicht einmal Selbstverständlichkeiten.

Der Rat bewahrte jedenfalls kühlen Kopf und liess sich nicht einmal vom Gezeter Yves de Mestrals beirren, der seine Intelligenz und Sachkompetenz erfolgreich hinter einer Tirade von Gehässigkeiten zu verstecken wusste. Der Fraktionspräsident der SVP, Alfred Heer, erklärte ihm ruhig und sachlich, worum sich die Debatte drehte. Das Ergebnis der Abstimmung liess an Deutlichkeit kaum zu wünschen übrig. Nach Ansicht der Ratsmehrheit kann dem Richter keine Verletzung der Sorgfaltspflicht vorgeworfen werden. Mit 101 zu 61 Stimmen wurde das Ermächtigungsgesuch der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Zu Gunsten einer Strafuntersuchung hatten sich vor allem SP, EDU und Teile von Grünen und CVP eingesetzt. Die FDP änderte nach der Behandlung des Geschäfts in der Kommission ihre Meinung.

Die «Schrittmacher» mit den Linken

Liess FDP-Präsident Fulvio Pelli am Samstag noch verlauten, der Freisinn stehe klar rechts der Mitte, stimmte der einst massgebliche Zürcher Freisinn bereits am darauffolgenden Montag wieder ungeniert mit den Linken. Dorothee Fierz mit ihrem Sololauf in Sachen Feinstaub und Tempolimiten und Al Gore mit seinem polemischen Machwerk haben die Richtung vorgegeben. Und wer mit den Grün-Liberalen dereinst fusionieren will, sollte ihnen natürlich schon ein bisschen entgegenkommen.

Bald ist es zehn Jahre her, als die FDP mit dem Wahlkampfslogan antrat «Wir Schrittmacher».

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

«Falsche Baustelle»

Eine Verkettung sehr unglücklicher Umstände hat im September des vergangenen Jahres dazu geführt, dass ein offenbar geistig kranker, den Behörden als gefährlich bekannter Täter in Wetzikon einen Taxifahrer erstach, obwohl zwei Wochen zuvor ein Oberrichter eine Haftverfügung erlassen hatte und der Mann zum Zeitpunkt der Tat längst hinter Schloss und Riegel hätte stecken müssen. Mit 101 gegen 61 Stimmen hat der Rat in der letzten Sitzung die Aufhebung der Immunität des SVP-Oberrichters deutlich verweigert.

KANTONSRAT HANS EGLOFF AESCH

Die SVP-Fraktion hatte nach der Tat umgehend eine rasche und lückenlose Aufklärung der gesamten Umstände und die Einsetzung eines ausserkantonalen Staatsanwaltes verlangt. Dies wurde verweigert und die Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich – Teil der von Regierungsrat Notter geführten Direktion – nahm die Untersuchung bzw. die Abklärungen selber anhand und beantragte die Aufhebung der Immunität des Richters.

Für die deutliche Mehrheit des Rates war der Sachverhalt mit dem von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Bericht bereits genügend geklärt und die beiden vorberatenden Kommissionen (Justizkommission und Geschäftsleitung des Kantonsrates) waren übereinstimmend zur Auffassung gelangt, dass der – gemäss Direktion Notter – zu belangende Oberrichter keine strafbare Handlung begangen habe. Es fehle an mehreren Tatbestandselementen als Voraussetzung für eine strafbare Tat und eine allfällige Verurteilung.

Die Geschäftsleitung hatte dem Kantonsrat ihren Antrag schriftlich unterbreitet. Bereits ihre juristische Begründung hätte ausgereicht, das Geschäft beförderlich zu erledigen. Ein weiteres stichhaltiges Argument war der Hinweis auf staatspolitische Überlegungen, wie das reibungslose Funktionieren der Behörden, im konkreten Fall der Gerichte. Letztlich geht es auch um den Schutz der richterlichen Unabhängigkeit, wenn ein Richter bei heiklen Entscheiden stets damit rechnen muss, selber auf die Anklagebank gezerrt zu werden.

Die Staatsanwaltschaft hatte mit einer Zuschrift an den Kantonsrat in den letzten Tagen vor der Debatte noch mit Belehrungen und Kritik die Meinung zu beeinflussen versucht. Geradezu schulmeisterlich wurde das Verhalten des Oberrichters mit demjenigen eines Bauführers verglichen, der eine Baugrube aushebt ohne sie jederzeit genügend zu sichern. Der Verdacht der politisch motivierten versuchten Einflussnahme erscheint nahe liegend. Dies umso mehr, als sich die Staatsanwaltschaft in anderen vergleichbaren Verfahren jeweils aus Gründen der Unbefangenheit und nicht zulässiger Vorbefasstheit eines Kommentars enthalten will.

Ein Sprecher der SP-Fraktion – selber Rechtsanwalt – entlarvte den Versuch der Linken, die SVP an den Pranger zu stellen gleich selber: Unmissverständlich hielt er fest, dass nach Abschluss einer allfälligen Strafuntersuchung sicher eine Einstellung des Verfahrens oder ein Freispruch erfolgen werde, trotzdem müssten die Ermittlungen gegen den Richter geführt werden.

In Wetzikon hat sich im letzten Herbst eine schreckliche Tragödie ereignet, die ein Menschenleben gefordert hat. Die Ratslinke hat versucht, daraus politisches Kapital zu schlagen. Offensichtlich war sie mit ihrem Ansinnen auf der falschen Baustelle.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… Die Ermächtigung zur Einleitung einer Strafuntersuchung gegen einen Oberrichter verweigert. ☺

… ein Postulat «Gegen eine Einschränkung der Gewerbefreiheit – für eine massvolle Verkehrserschliessung» als erledigt abgeschrieben. ☺

… ein Postulat betr. Förderung der Siedlungsentwicklung im Einzugsbereich der S-Bahn als erledigt abgeschrieben. ☺

… ein Postulat, in dem ein Massnahmenplan bei hohen Ozonwerten und Feinstaubkonzentrationen gefordert wird, an den Regierungsrat überwiesen. ☹

21.4.08

Vorverlegter Inserateannahme- und Redaktionsschluss

Für die Nummer 18/2008 vom Freitag, 2. Mai 2008, muss infolge des 1.-Mai-Feiertags der Redaktions- und Inserateannahmeschluss

auf Dienstag, 29. April, vorverlegt werden.
Texte: 12.00 Uhr, Inserate: 15.00 Uhr

Wir bitten unsere Inserenten und Mitarbeiter, diese Änderung zu beachten.

Redaktion und Verlag

ZUR EINBÜRGERUNGSINITIATIVE

SP des Kantons Zürich verkörpert die Einbürgerungsinitiative

Gegen aussen wird die Einbürgerungsinitiative der SVP bekämpft, in der Sozialdemokratischen Partei selber lebt man nach denselben Grundsätzen. Denn die Statuten der SP und der Initiativtext sind verblüffend ähnlich.

JSVP Zürichsee-Oberland. Nimmt man die Statuten der SP des Kantons Zürich zur Hand, staunt man nicht schlecht! Unter Kapitel III. Mitgliedschaft; Art. 14: Aufnahme, Sektionszugehörigkeit; Abs. 1 steht geschrieben: «Die Aufnahme von Mitgliedern erfolgt auf Antrag des Sektionsvorstandes durch die Mitgliederversammlung, sofern die Sektionsstatuten nichts anderes vorsehen.»

Vergleicht man nun den Initiativtext mit den Statuten, verblüfft die Ähnlichkeit. Die Initiative verlangt, dass es weiterhin möglich ist, dass das Volk über die Einbürgerungen bestimmen kann. In den SP-Statuten steht: «Die Aufnahme (…) erfolgt (…) durch die Mitgliederversammlung.»

Des Weiteren verlangt die Einbürgerungsinitiative im Wortlaut: «Die Stimmberechtigten jeder Gemeinde legen in der Gemeindeordnung fest, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt.» Bei der SP ist es umschrieben mit: «(…), sofern die Sektionsstatuten nichts anderes vorsehen», oder anders: sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschliesst.

Erstaunlicherweise ist unter Artikel 14 der SP-Statuten keine Rekursinstanz erwähnt. Dazu wieder der Vergleich zur Initiative: «Der Entscheid dieses Organs über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts ist endgültig».

Wasser predigen, Wein saufen

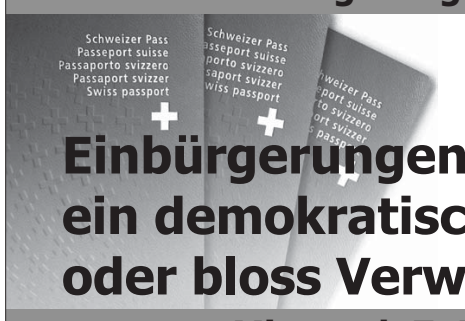
Zusammenfassend ist auffällig, dass die Aufnahme in der Partei einen Beschluss der Mitgliederversammlung (des Volks) benötigt und nicht durch den Vorstand (Exekutive) entschieden wird. Die Statuten der Sektionen (Gemeindeautonomie) können vorsehen, dass andere Organe für die Aufnahme zuständig sind. Eine Rekursinstanz wird nur unter Artikel 15 «Ausschluss» erwähnt, jedoch nicht unter Artikel 14 «Aufnahme» (gegen negativen Aufnahmeentscheid ist kein Rekurs vorgesehen).

Die Sozialdemokratische Partei (SP) lässt sich ein weiteres Mal mit dem Sprichwort «Wasser predigen und Wein saufen» identifizieren. Gegen aussen wird die Einbürgerungsinitiative der SVP bekämpft, in der Partei selber lebt man nach denselben Grundsätzen.

Es ist erschreckend, dass sich die Leitung der SP im Zusammenhang mit dem Ausschluss von Eveline Widmer-Schlumpf mehr mit den Statuten der SVP als mit ihren eigenen beschäftigt.

Ein solches Verhalten muss mit einer schmerzhaften Niederlage für die SP bei der Einbürgerungsinitiative bestraft werden. Halten Sie an der Demokratie in der Schweiz fest und stimmen Sie am 1. Juni JA zur Einbürgerungsinitiative.

Podiumsdiskussion zur Einbürgerungsinitiative



Einbürgerungen - ein demokratischer Entscheid oder bloss Verwaltungsakt?

Mittwoch 7. Mai 2008
20.00 Uhr, Anna-Stüssi-Haus, Dänikon

Gesprächsleitung: **Christine Fivian**
Chefredaktorin „Zürcher Unterländer"

Pro:

Alfred Heer
Nationalrat, Kantonsrat
SVP, Zürich

Filippo Leutenegger
Nationalrat
FDP, Zürich

Kontra:

Marlies Bänziger
Nationalrätin
GPS, Winterthur

Anita Thanei
Nationalrätin
SP, Zürich

eine Veranstaltung der SVP
des Bezirks Dielsdorf / Sektion Dänikon

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP

SVP BEZIRK MEILEN AUF ERFOLGSWELLE

Zahlreiche Neumitglieder und ein verstärkter Vorstand

Fast 100 Delegierte und Gäste durfte Parteipräsidentin Theres Weber an der Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Meilen in Erlenbach begrüssen. Unter den Gästen befanden sich zahlreiche Neumitglieder. Die SVP-Ortsparteien im Bezirk Meilen verzeichneten im Nachgang zu den Bundesratswahlen vom Dezember 2008 über 400 Neumitglieder.

Die Bezirksparteipräsidentin Theres Weber mit Nationalrätin Sylvia Flückiger und Nationalrat Christoph Mörgeli.

SVP Bezirk Meilen. Zu Beginn der Versammlung begrüsste Nationalrat Christoph Mörgeli (Stäfa) die Neumitglieder und nahm eine politische Standortbestimmung vor. Seit dem Ausscheiden aus dem Bundesrat, so Christoph Mörgeli, habe sich die Situation im Bundesrat nicht verbessert. Die Aussenministerin glänzt durch unkoordinierten Aktivismus und eröffnet Schweizer Botschaften in Krisengebieten. Der Verkehrsminister scheint völlig überfordert beim Debakel um SBB Cargo. Gleichzeitig führt der Bundesrat einen Abstimmungskampf gegen die SVP-Initiative «für demokratische Einbürgerungen» und setzt sich damit für Masseneinbürgerungen und weniger demokratische Rechte ein. Alles Gründe, warum es eine starke Oppositionspartei in der Schweiz braucht.

Gäste aus dem Bündnerland

Zum Abschluss ging Christoph Mörgeli auf die Aufgabe der SVP ein. Er zitierte Nationalrat Ueli Maurer, welcher sein Amt als Parteipräsident immer so verstanden hat, dass er «denen ganz oben zu sagen hat, was die ganz unten plagt». Dies sei auch künftig die Aufgabe der SVP: Die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen. Für seine Ausführungen erntete Christoph Mörgeli viel Applaus. Selbst aus dem Kanton Graubünden waren einige Mitglieder angereist, um sein Referat zu hören.

Anschliessend eröffnete Präsidentin Theres Weber die Delegiertenversammlung und blickte auf ein erfolgreiches Wahljahr zurück. Wermutstropfen war die Nichtwiederwahl von Kantonsrat Adrian Bergmann, welche vor allem dem neuen Wahlsystem zuzuschreiben ist. Ansonsten verlief das Jahr 2007 – vor allem die kantonalen und die nationalen Parlamentswahlen – erfreulich für die SVP. Einschneidend, auch für die SVP im Bezirk Meilen, war der 12. Dezember: Die Abwahl von Bundesrat Blocher löste in der Schweiz ein politisches Erdbeben aus. Über 13 000 Neubeitritte konnte die SVP gesamtschweizerisch verzeichnen, davon alleine 400 im Bezirk Meilen.

Theres Weber bleibt Präsidentin, Gregor Rutz neuer Vizepräsident

Dem Jahresbericht folgt die Erneuerung des Parteivorstands. Die Delegierten hatten den Vorstandsausschuss neu zu wählen, wobei der bisherige Vizepräsident, Kantonsrat Ueli Kübler, und die frühere Aktuarin, Verena Helbling, zu ersetzen waren. Kantonsrätin Theres Weber, welche das Präsidium der Bezirkspartei bereits seit einigen Jahren mit viel Geschick ausführt, wurde mit grossem Applaus für eine weitere Amtsdauer bestätigt. Neuer Vizepräsident ist Gregor A. Rutz (Küsnacht), ehemaliger Verfassungsrat und von 2001–2008 Generalsekretär der SVP Schweiz. Gregor Rutz ist selbständiger Kommunikationsberater und hat seine Büros in Zollikon. Zum Aktuar der SVP-Bezirkspartei wählten die Delegierten Kantonsrat Claudio Zanetti, welcher lange Jahre als kantonaler Parteisekretär amtierte. Zuständig für die Finanzen bleibt der Zumiker Unternehmer Benno Th. Müller.

Aargauer Nationalrätin Sylvia Flückiger als Gastreferentin

Zum Abschluss des Abends referierte die Aargauer Nationalrätin Sylvia Flückiger über ihre Erfahrungen als Unternehmerin im Nationalrat. Die Referentin war mehrere Jahre Vizepräsidentin der SVP Schweiz und kennt die Bundespolitik so von vorderster Front. Es sei erschreckend, so Sylvia Flückiger, wie oft das Parlament unnötige Gesetze beschliesse, welche eine ganze Welle bürokratischer Massnahmen nach sich ziehen. Umgekehrt kämen die Anliegen der Wirtschaft und der Gewerbebetriebe im Bundeshaus eindeutig zu kurz. Sylvia Flückiger sieht es als ihre Aufgabe an, im Bundesparlament für bessere Rahmenbedingungen zu kämpfen: für tiefere Steuern, für weniger Gesetze und gegen die weitere Aufblähung der Verwaltung.

ANZEIGEN

Schreiner-Montagen und Reparaturen

H.P. Marti, Rümlang
079 680 37 35

Wasseradern / Erdstrahlen
Strahlenbedingte gesundheitliche Leiden verschwinden wie z.B. Kopfschmerzen, Rheuma, Bein- u. Gelenkleiden, Schlafstörungen, etc.
strahlenfrei gesund wohnen!
Entstrahle MFH, Wohnungen Häuser und Ställe
Feuchte Mauern u. nasse Keller werden trocken!
Die Leistungsbereitschaft Ihrer Tiere optimieren!
Verschiedene Anliegen wie z.B. Abort, Hufprobleme, unruhiges Verhalten oder aufgelaufene Beine werden in Kürze verschwinden.
Durch Abklärungen vor Ort kann jeder Auftrag **mit Garantie!** ausgeführt werden.
DIELS ENTSTRAHLUNGSSPEZIALIST
Odo Diels
Mobil 079 436 21 83
Tel. 071 245 47 67

PARKHOTEL VILLA NIZZA – LUGANO
Das Parkhotel Villa Nizza*** **www.villanizza.com**
ist ein kleines Paradies in Panoramalage, eine Oase im Grünen am Fusse des Hausberges San Salvatore. Fast 6000 m² subtropischer Park mit Hunderten von Palmen und solarbeheiztem Schwimmbad,
nur wenige Gehminuten von der Seepromenade entfernt.
Interessante Angebote
Telefon 091 994 17 71 Fax 091 994 17 73 hotelnizza@swissonline.ch

LESERBRIEFE

Inflationärer Umgang mit Nazi-Vergleichen

In kaum einem Leserbrief, in dem gegen die SVP angeschrieben wird, darf der obligate Nazi-Vergleich als Totschlagargument fehlen. Das darf jedoch keinem Leserbrief-Verfasser zum Vorwurf gemacht werden, gibt es doch sehr prominente Vorbilder, die diese Ausdrucksweise gebrauchen. So stellte der kantonale CVP-Präsident Markus Arnold letztes Jahr einen Führer- bezw. Nazivergleich zur SVP her, um kurze Zeit später nachzuschieben, er habe das niemals so gemeint. Oder alt Bundesrat Rudolf Friedrich macht im Zusammenhang mit der SVP gerne Anspielungen auf die Nazizeit, um dann über Tele Züri klar zu stellen, dass er die SVP niemals mit der Naziherrschaft vergleichen würde. Auch der amtierende Bundespräsident Pascal Couchepin hat ja schon mehrfach SVP-Exponenten mit Duce oder Nazi-Vergleichen eingedeckt oder deren Namen mit einem berüchtigten Nazischlächter «verwechselt». Selbstverständlich hat auch der Bundespräsident anschliessend jeweils gesagt, dass er niemanden von der SVP gemeint habe. Im jüngsten Fall hat ja sogar der Gesamtbundesrat trotz vorliegendem Tondokument seinem Präsidenten attestiert, alles sei nur ein Versprecher gewesen. Ich möchte also den Leserbriefschreibern mit ihren Nazi-Vergleichen an die SVP ausdrücklich attestieren, dass sie zu ihren Vorwürfen stehen. Die Meinungsäusserungsfreiheit ist meines Erachtens eines der wertvollsten Rechte in der Schweiz und somit steht auch jedem Leserbriefschreiber die Freiheit zu, die SVP mit Nazi-Vergleichen einzudecken. Es ist ja auch jedem Leser freigestellt, wie er diese ungeheuerliche Verharmlosung der Nazi-Kriegsverbrechen und die dafür verantwortlichen Leserbriefautoren qualifiziert. Zu begrüssen im Sinne der Transparenz wäre jedoch, wenn die Autoren jeweils so ehrlich wären und ihre persönliche Interessen- oder Partei-Bindung bekannt geben würden.

Handelt es sich vielleicht bei diesen Vergleichen nicht sogar um einen angestauten Argumentations-Notstand und einen zutiefst sitzenden Frust über den Niedergang der eigenen Partei? Oder geht es um das Unverständnis gegenüber den Wählerinnen und Wählern, die bekanntlich der SVP bei den letzten kantonalen Wahlen zu teilweise erdrutschartigen Siegen verholfen haben? Oder geht es um die Welle von Neueintritten in die SVP seit dem 12. Dezember, wie es kaum schon je eine Partei erlebt haben dürfte? Haben diese Wählerbewegungen möglicherweise doch tiefer liegende Gründe?

Kaum jemals wird hinterfragt, ob die Erfolge der SVP vielleicht auch mit fehlendem Wählervertrauen in die anderen Parteien zu tun haben könnten. So müssten sich auch die Leserbriefschreiber hinterfragen, ob sie sich oder ihren Parteien mit ihren Verharmlosungen einen grossen Gefallen punkto Glaubwürdigkeit tun.

Wenn sich das Wetziker FDP-Mitglied Bruno Frauenfelder über den Parteiausschlussantrag der SVP gegenüber Frau Widmer-Schlumpf aufregt, muss er sich doch fragen lassen, wie sich seine Aufregung manifestierte, als die Wetziker FDP vor zwei Jahren ihre amtierende Gemeinderätin Caviezel im Schnellverfahren aus der Partei ausschloss. Oder das ehemalige SP-Behördenmitglied Bernhard Aubry müsste sich angesichts einer ganzen Reihe von aus der Partei ausgeschlossenen SP-Behördenmitgliedern und dem erzwungenen Amtsverzicht des gewählten SP-Bundesrates Francis Matthey überlegen, ob er in seiner SP ebenfalls Nazi-Tendenzen feststellt.

Für eine Beurteilung der SVP im Sinne von «messen mit gleichen Ellen» wäre also noch ein riesiges Potenzial vorhanden.

Kantonsrat Hans-Heinrich Heusser, Seegräben

Zweckentfremdung des kantonalen Lotteriefonds nach «Murphys Gesetz»

Der Zürcher Tagespresse ist zu entnehmen, dass der Regierungsrat dem «Forum für die Integration von Migrantinnen und Migranten» und der «Dargebotenen Hand» für eine gemeinsam zu errichtende Website in zehn (!) Sprachen, welche den Neuzuzügern den Zugang zum schweizerischen Alltag erleichtern solle, einen Kredit von Fr. 134 000.– aus dem Lotteriefonds gesprochen hat. Auch befindet sich zurzeit ein Antrag der Kantonsregierung zur Beratung in der dafür zuständigen Kantonsratskommission, nach welchem erstmals Betriebsbeiträge von jährlich total 17 Millionen Franken aus dem Lotteriefonds mittels dreier, neu einzurichtenden Töpfe an nicht spezifizierte kultur- und denkmalpflegerisch tätige Institutionen ausgerichtet werden sollen. Es darf wohl davon ausgegangen werden, dass mit der vom Regierungsrat beantragten «Carte blanche» aus den neu geplanten Ausgabetöpfen ähnlich gelagerte, unsinnige Projekte wie das eingangs erwähnte Migrantenprojekt finanziert werden sollen. Solche Projekte stehen quer zu den von Bund, Kantonen und Gemeinden unternommenen Integrationsmassnahmen (raschestes Erlernen von Deutschkenntnissen). Hier liegt ein klassischer Fall von Murphys Gesetz vor.

Hans-Peter Amrein, Forch-Küsnacht

Frau Widmer-Schlumpf ist auf Kurs …

Die vergangenen Wochen haben einmal mehr bewiesen welchen Kurs Frau Widmer-Schlumpf tatsächlich fährt. Linke Frauen bejubeln die Bundesrätin und machen ihr Mut, gegen die SVP zu kämpfen.

Mit Eveline Widmer-Schlumpf haben sie nicht nur eine treue Mitläuferin, sondern eine Kämpferin gegen die SVP in ihren Reihen. Dass es den Linken insbesondere darum geht in der SVP Zwietracht zu säen, interessiert die vom Karriere-Denken beherrschte Frau wenig. Scheinbar hat sie nicht einmal bemerkt, dass sie Mittel zum Zweck ist. Das von ihr abgegebene Lippen-Bekenntnis zur SVP ist ebenso wahrheitswidrig wie ihre Aussagen über ihre Zusammenarbeit mit der SP, dem grössten politischen Widersacher der SVP.

Frau Widmer-Schlumpf macht Politik für all jene, die sie gewählt haben. Sie macht sicher nicht SVP-Politik. Wenn die Bündner Kantonalpartei damit einverstanden ist, so ist es höchste Zeit, dass sie sich von der SVP abspaltet und wieder dort politisiert, wo sie es vor dem Anschluss an die SVP getan hat, nämlich als «Bündner Demokraten».

Dann gibt es endlich wieder Ruhe innerhalb der SVP. Zur Freunde aller echten SVP-Mitglieder.

Oscar Blaser, Littau

Neid

Schon bei dem ersten Angriff der EU-Spitze auf unser Schweizer Steuergesetz, war die klare, unmissverständliche Antwort unseres Finanzministers Hans Rudolf Merz:

Hier gäbe es keine Verhandlungen! Durch die endlose Zwängerei mit den EU-Turbos und unseren verhandlungsschwachen Schweizer Vertretern stehen wir nun mitten in einem Palaver drin. Wenn wir bloss an die Neat und viele weitere Werke mit Europainteresse denken, ist es überflüssig, von einer Schuld, oder einer Pflicht gegenüber den EU-Staaten zu reden oder gar zu verhandeln. Dazu weiss jeder, dass die Schweiz, dank dem Druck der SVP, sich wohlweislich und entgegen böser Drohungen, von einer EU-Mitgliedschaft distanziert hat. Wenn nun auch schweizfeindliche Frauen im Bundesrat sitzen, so gibt das niemandem das Recht, unser Steuergesetz aus Neid zu entkräften und unser Volk zu plündern, oder unsere Verfassung anzugreifen. Solche frechen Forderungen, gepaart mit Drohungen, wie es geschehen ist, sind zu verachten.

Hardy Reutlinger, Schlieren

Ehrliche und faire Information vom Bundesrat!

Am 1. Juni stimmt das Schweizervolk über die Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» ab. Die Initiative fordert nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine faire und ehrliche Information.

In diesem Zusammenhang von einer «Maulkorb-Initiative» zu sprechen, ist einmal mehr irreführend und bestätigt nur die Behördenmanipulation durch Umdeutung von Inhalten und Begriffen. Im Interesse einer sachgerechten und verfassungskonformen Entscheidungsfindung bei Volkabstimmungen fordern die Initianten daher mit Recht eine wahrheitsgetreue und umfassende Information. Der Bundesrat muss seine Kompetenzen wieder richtig einordnen. Der Anspruch – das Volk zu regieren – widerspricht den Grundregeln der direkten Demokratie und kann dazu führen, Volksabstimmungen als Bedrohung der bundesrätlichen Macht- und Regierungsansprüche zu interpretieren. Aufgrund dieser Denkhaltung wird der Volkswille zum Feind und muss daher mit Hilfe von zielgerichteten Kommunikationsstrategien auf die «richtige Bahn» geleitet werden. Dieses Leiten und Lenken verstösst gegen die in unserem Land entwickelte politische Kultur und verletzt die Souveränität des Volkes aufs Gröbste.

Die Schweiz steht vor erheblichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Die vielfach durch bewusste Fehlinformation eingeleiteten Reformen in unserem Land werden ihre Bewährungsprobe noch ablegen müssen. Bewährungsproben, die beträchtliches politisches und soziales Konfliktpotenzial hervorbringen werden. Diese Konflikte lassen sich aber nur zusammen mit dem Volk und nicht gegen das Volk lösen. Das bedingt allerdings gegenseitiges Vertrauen. Ein Vertrauen, das erst mittels ehrlicher und fairer Informationen wieder aufgebaut werden muss. Bauen wir am Haus des Vertrauens und schaffen damit die Grundlagen einer konstruktiven Politik, die sich nicht in Gegensätzen und Grabenkriegen zerreibt, sondern nachhaltige Lösungen zum Wohl der gesamten Bevölkerung entwickelt und umsetzt. Den ersten Schritt dazu machen wir mit einem klaren Ja zur Volksinitiative «Volkssouveränität» statt Behördenpropaganda.

Reinhard Koradi, Dietlikon

VERANSTALTUNG FÜR NEUMITGLIEDER IM BEZIRK HINWIL

Grosser Andrang und spannende Diskussionen

Die SVP Bezirkspartei Hinwil, unterstützt von der Sektion Wetzikon, lud die Neumitglieder der SVP im Hotel Drei Linden, in Wetzikon ein. Der Bezirkspräsident, Kantonsrat Ruedi Menzi, begrüsste die zahlreich anwesenden Neumitglieder und gab die markante und erfreuliche Zunahme der SVP-Parteimitglieder im Bezirk Hinwil bekannt.

SVP Bezirk Hinwil. Ruedi Menzi durfte den hiesigen Nationalrat Ueli Maurer, welcher wieder etwas mehr Zeit gewonnen hat, als Referent begrüssen. Anwesend waren auch alle SVP-Kantonsräte sowie sämtliche Sektionspräsidien des Bezirks Hinwil.

Die Anwesenden begrüssten Ueli Maurer, Nationalrat und ehemaligen Parteipräsident der SVP, spontan mit einem riesigen Applaus.

Ueli Maurer führte die interessierten Anwesenden mit verschiedenen aktuellen Themen und Infos aus erster Hand durch den Abend und zeigte einmal mehr die wichtigen Ziele der SVP auf: Freiheit, Unabhängigkeit der Schweiz, Sicherheit und Wohlstand.

Dabei fesselte er das Publikum mit seinen anschaulichen Ausführungen und stellte sich anschliessend den verschiedensten Fragen aus der grossen Zuhörerschaft. Seine klaren Antworten liessen anschliessend keine Fragen mehr offen.

Natürlich war auch der Parteiausschluss von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf ein Thema und die Anwesenden empörten sich über das unredliche Verhalten der ehemaligen Bündner Regierungsrätin gegenüber ihrer Partei. Erstaunlich, dass nun die Partei zum Sündenbock gemacht wird. Ueli Maurer zeigte klar die Bedeutung und die Hintergründe der Wahl von Frau Widmer-Schlumpf für die ganze Schweiz auf.

Informationen über die Abstimmungsvorlagen

Über die Volksinitiativen «Demokratische Einbürgerungen» und «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda», informierte Ueli Maurer klar und verständlich mit Statistiken und Folien, welche die Entwicklung in unserem Land aufzeigen und uns hellhörig machen müssen.

Zum Abschluss lud die Bezirkspartei zum Apéro ein, welcher von den Anwesenden genossen wurde. Ganz ungezwungen ergab das gute Kontaktmöglichkeiten zu den verschiedenen SVP-Mandatsträgerinnen und -trägern. Auch Ueli Maurer mischte sich unter die Anwesenden und stand bereitwillig Red und Antwort. Die lebhaften Diskussionen zeigten, dass die aktuelle Politik sehr bewegt. Der gelungene Neumitgliederanlass, besucht von über 170 Personen aus allen Alterssegmenten, zeigt, dass die SVP Zukunft hat und von einer breiten Basis getragen wird.

SVP WALLISELLEN STARTET PETITION

Mehr Sicherheit, weniger Vandalismus

Der SVP-Vorstand will dem Thema Sicherheit und Vandalismus in Wallisellen mehr Gewicht beimessen. Deshalb hat sich die SVP entschieden, eine Petition mit möglichst vielen Unterschriften beim Gemeinderat einzureichen.

In den vergangenen Monaten hat der Vandalismus in Wallisellen spürbar zugenommen. Das Sicherheitsgefühl in Wallisellen ist dadurch massiv gesunken. Die SVP Wallisellen bittet den Gemeinderat federführend und in Zusammenarbeit mit der Schulpflege die objektive und subjektive Sicherheit zu erhöhen und dem zunehmenden Vandalismus entschlossen entgegenzutreten. Dafür sind alle verfügbaren Mittel auszuschöpfen.

Permanente Umsetzung verschiedener Massnahmen

Der Massnahmenfächer ist vielseitig. Die SVP Wallisellen bittet den Gemeinderat um ein Konzept zur Erhöhung der Sicherheit und zur Bekämpfung gegen Vandalismus in Wallisellen. Die SVP Wallisellen ist bereit, sich zu engagieren und einen Beitrag zum «Sicheres Wallisellen» zu leisten.

Die SVP Wallisellen schlägt folgende Massnahmen vor:

- Prävention:
  Alle Altersgruppen sowie die Eltern, Kinder, Lehrpersonen, die Sicherheitsorgane, die Vereine, Institutionen usw. sind in die Prävention einzubinden.
- Permanente Umsetzung:
  Angriffe gegen Leib und Leben sowie Sachbeschädigungen sind rigoros zu ahnden. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Walliseller/innen und den zuständigen Sicherheitsorganen ist zu definieren. Es sind Wege zu finden, wie man unsere Sicherheitsorgane noch effizienter einsetzen kann.
- Nachhaltigkeit:
  Die SVP Wallisellen bittet den Gemeinderat um ein Konzept, welches auf Nachhaltigkeit basiert.

Für alle Wallisellerinnen und Walliseller:
Unterschriftenbögen finden Sie auf unserer Homepage www.svp-wallisellen.ch

ANZEIGEN

ZUR FINANZMARKTKRISE

Die SP als «Retter des Finanzplatzes Schweiz»

Die SP wirft den bürgerlichen Parteien Untätigkeit bezüglich der Finanzmarktkrise vor. Sie ruft deshalb nach strengeren Vorschriften. Doch die Forderungen der SP würden unserer Volkswirtschaft mehr schaden als nützen.

HANS KAUFMANN
NATIONALRAT SVP
WETTSWIL

Die SP wirft den bürgerlichen Parteien Untätigkeit in Bezug auf die Finanzmarktkrise vor und ruft nach strengeren Vorschriften. UBS und Credit Suisse befänden sich in einer gefährlichen Lage. Deshalb müsse gesetzlich eine Trennung des Investmentbankings von den übrigen Geschäften verfügt werden. So müssten die «sichersten» Sparten einer Bank nicht für das schlechte Abschneiden der risikoreichen bezahlen. Weiter fordert die SP schärfere Eigenmittelvorschriften. Insbesondere müssten die Eigenmittel für die riskanten Geschäfte erhöht werden. Dadurch werde das Streben nach hohen Risiken und Gewinnen gebremst und das Sicherheitspolster im Krisenfall vergrössert. Die SP fordert ausserdem eine schärfere Überwachung des Finanzmarktes. Zudem müsse die Rolle der Schweizerischen Nationalbank als letzte Kreditgeberin der Banken neu bewertet werden. Letztere sei im Vergleich mit den Risiken, die Grossbanken eingingen, schon fast ein Däumling. Die meisten Verwaltungsräte der Banken hätten zudem kaum Erfahrung in der Branche, müssten aber strategische Entscheide fällen. Bei der UBS etwa verfügten nur zwei Verwaltungsräte über langjährige Bankkompetenzen. Zudem müssten die Aktionäre die Macht erhalten, über die Löhne der Manager entscheiden zu können.

Grosses Unvermögen der SP

Wer bekämpfte denn im März 2007, als das Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAG) im Eidgenössischen Parlament beraten wurde, den Rückweisungsantrag der SVP, die schon damals die nun zu Tage getretenen Mängel des FINMAG klar brandmarkte? Die gleiche SP, die nun eine Revision des FINMAG fordert. Die SVP amtete nie als Briefträger der Banken, vor allem nicht in Bezug auf die Gesetzgebung. Im Gegenteil. Die SVP hatte klare Vorstellungen von einem wirkungsvollen FINMA und hat sich entsprechend für eine Gesetzgebung eingesetzt, die sowohl der Wettbewerbsfähigkeit unseres Finanzplatzes und dem Schutz der Kunden dienen sollte. Aber die SP wusste es ja damals besser. Als wichtigstes Anliegen erschien damals offensichtlich die Verankerung einer Verwaltungsrat-Frauenquote im FINMAG. Mit ihrem Rückweisungsantrag forderte die SVP den Bundesrat zu einer klaren Trennung der prudentiellen Aufsicht (Eigenmittelunterlegung und Liquiditätssicherung) von der polizeilichen (Geldwäscherei, Anlagebetrug usw.) und der Marktaufsicht (Funktion der Börsen) auf. Die Kompetenz zwischen Verwaltungsrat und Geschäftsführung der FINMA sollten klarer geregelt und die Konzernüberwachung verbessert werden. Die SP stellt sich gegen die Forderung der SVP, den Kreis der Unterstellung nochmals zu überprüfen, gemeint war auch die Unterstellung von Pensionskassen, anderen Marktteilnehmern und die Ausserbilanzgeschäfte. Und schliesslich stellte sich die SP auch dagegen, dass die FINMA unter der Kontrolle des Parlamentes bleibe. Nun haben wir die Quittung und die SP sollte, statt ihr eigenes Unvermögen mit Anwürfen an andere Parteien zu übertünken, endlich die Fakten zur Kenntnis nehmen.

Was die Forderungen der SP anbetrifft, so sind die meisten davon nicht zu Ende gedacht und einige davon würden unserer Volkswirtschaft mehr schaden als nützen:

1. Die Eigenmittelvorschriften der Banken müssen verschärft werden. Damit wird die Kreditvergabe eingeschränkt und die Zinsen steigen, denn von erhöhten Eigenmittelanforderungen werden alle Banken betroffen. Die Geldpolitik würde teilweise auf die Regulierungsbehörden übertragen. Risikoreichere (KMU-)Kredite würden infolge erhöhter Eigenmittelunterlegung nicht mehr finanziert und die Banken werden die Risiken in noch grösserem Ausmass via Verbriefungen auf Anleger abwälzen. Die Banken selbst werden wohl, angesichts der erlittenen Verluste, nicht mehr bereit sein, im gleichen Ausmass wie bisher solch riskante Verbriefungspapiere in ihre Portefeuilles zu übernehmen. Einige Banken werden nicht in der Lage sein, neue Eigenmittel über den Kapitalmarkt zu beschaffen. Sie werden deshalb ihre Dividendenausschüttungen reduzieren, was die Steuereinnahmen drücken wird. Höhere Hypothekarzinssätze bedeuten auch höhere Abzüge in den Steuerrechnungen der Eigenheimbesitzer und die höheren Zinsen werden auch die öffentliche Hand mit ihren 250 Milliarden Franken Schulden treffen.

2. Das Investmentbanking muss von den übrigen Bankaktivitäten getrennt werden. Dies bedeutet im Klartext, dass auch kantonale und andere Banken eine solche Geschäftsaufteilung vornehmen müssten, denn nicht nur die Grossbanken betreiben das Investmentbanking. Wer soll dann in Zukunft die Aktien- oder Anleihensemissionen von grossen Schweizer Gesellschaften und der öffentlichen Hand organisieren? Eine Aufteilung der Bankaktiven ist rasch durchzuführen, aber wie soll die Zuteilung der Passiven erfolgen? Auf welchen Teil der Bank entfallen die Sparguthaben, auf welchen die Obligationenschulden? Wenn den kapitalintensiven Investmentbanken der Zugriff zu kostengünstigen Kundeneinlagen verboten wird, dann werden die Kosten für solche Kapitalmarkttransaktionen stark ansteigen. Zudem dürften solch eingeengte Investmentbanken vermehrt ins Ausland abwandern, was in der Schweiz Tausende von Arbeitsplätzen vernichten würde. Die Behauptung, dass Spar- und Leihgeschäfte weniger risikoreich seien als das Investmentbanking, trifft nur teilweise zu. Hat nicht die Hypothekarkrise in den frühen 90er-Jahren mit dem Niedergang zahlreicher Banken, Sparkassen bis Kantonalbanken, gezeigt, dass auch dieses vermeintlich sichere Geschäft zu Verlusten von 50–60 Milliarden Franken führte? Das einfache, sichere Hypothekargeschäft steht auch am Anfang der heutigen Kreditkrise in den USA. Die Sparbankenkrise in den 80er-Jahren in den USA ereignete sich trotz Trennbankensystem. Insgesamt wird das Risiko für die Stabilität des Finanzsystems durch die Trennung der Bankaktivität nicht reduziert, im Gegenteil, solche Monokulturbanken sind anfälliger gegen Krisen.

3. Die Bankenkommission (zukünftig FINMA) müsse verstärkt werden. Es trifft durchaus zu, dass die heutige Finanzmarktaufsicht nicht in der Lage war, die sich abzeichnenden Probleme rechtzeitig und effizient zu handhaben. Es fehlte nicht an Gesetzen und Regulierungen, sondern am Eingreifen der Behörden. Die vielgerühmte internationale Zusammenarbeit erwies sich, wie von der SVP schon öfters kritisiert, als Illusion. Die Schweizer Aufsichtsbehörden haben sich in den Jahren 2006 und 2007 zu sehr mit Nebenkriegsschauplätzen im Marktaufsichtsbereich beschäftigt, statt sich um ihre Kernaufgaben zu kümmern. Wenn man sich über den Mangel an qualifiziertem Personal beklagt, das zudem noch schlecht entlöhnt würde, dann trifft dieser Vorwurf vor allem den Bundesrat, der sich weigerte, die FINMA nach Zürich zu verlegen, wo die Chancen, qualifiziertes Personal zu finden, wesentlich grösser sind. Was die Saläre anbetrifft, so hat der Bundesrat die Kompetenz, Ausnahmen für Spezialisten zu bewilligen.

4. Die Rolle der SNB als Hüterin der Marktstabilität müsse überdacht werden. Was damit gemeint ist, bleibt offen. Wenn die SP meint, dass die SNB im Notfall doch als «Lender of last resort» zur Rettung von Grossbanken einspringen müsste und die Grossbanken deshalb Versicherungsprämie an die «Gemeinschaft» bezahlen müssten, dann gilt es Folgendes zu bedenken. Mit der Annahme einer Versicherungsprämie, stattet der Bund oder die SNB die betroffenen Banken praktisch mit einer «Staatsgarantie» aus. Damit könnten die Grossbanken endlich mit den Kantonalbanken und der Postfinance bezüglich Staatsgarantie gleichziehen. Dass die Geschäfte der letztgenannten Institute damit massiv beeinträchtigt würden, versteht sich von selbst. Staatsgarantien verleiten zudem zu grösserem Risikoappetit, weil ja im Krisenfalle der Staat Hilfe leisten würde (siehe Kantonalbanken).

5. Mehr Macht den Aktionären, damit sie über die Entlöhnungsysteme entscheiden können. Dass die Aktionärsrechte gestärkt werden sollten, unterstützt auch die SVP. Wenn aber Aktionäre über die Entlöhnungssysteme entscheiden, dann werden sich wohl kaum noch weitere internationale Firmen in der Schweiz niederlassen. Verkürzte Amtsdauern für Verwaltungsräte und einige andere Anpassungen im Aktienrecht sind in der anstehenden Revision vorgesehen. Letztlich bleiben aber die Lohn- und Gehaltsstrukturen privater Unternehmen Sache der Privatwirtschaft. Dass hohe Löhne im Finanzsektor bei der Suche nach Spitzenkräften eine wichtige Rolle spielen, zeigt ja offensichtlich auch der Mangel an qualifiziertem Personal in der FINMA.

6. **Nur Bank-Verwaltungsräte mit Bankerfahrung.** Die gleiche SP, die für die Bank-Verwaltungsräte Bankerfahrung fordert, will in der Finanzmarktaufsicht keine Leute mit Bankerfahrung dulden. So wirft sie sowohl dem Präsidenten der EBK, Herr Eugen Haltiner und selbst Bundesrat Merz ihre frühere Tätigkeit bei Grossbanken als Makel vor. Wann man die geringe praktische Erfahrung (weder Investmentbanking noch professionelles Risikomanagement) der heutigen Fachkräfte in der Aufsicht der Grossbanken realisiert, dann verwundern die mangelhafte Kontrolle und die Tatenlosigkeit nicht. Wer nur auf der Basis delegierter Kontrolle agiert, muss sich nicht wundern, wenn Risiken nicht rechtzeitig erkannt werden. Wie im Versicherungsbereich müsste auch die Bankaufsicht selbst Kontrollen vornehmen. Aber es ist eben einfacher, Arbeit auf Kosten der Banken zu delegieren, als selbst Hand anzulegen. Wer von Gesetzes wegen von aller Verantwortung entlastet wird, steht auch nicht in der Verantwortung. Die SVP hat sich dafür eingesetzt, dass der Staat Verantwortung und Haftung zu übernehmen hat, wenn er seine Aufgaben mangelhaft wahrnimmt. Wer sich Kompetenzen anheischt, wie zum Beispiel die Zulassung von Rating-Agenturen, muss sich nicht wundern, wenn sich Banken und Kunden auf deren Kreditbenotungen verlassen, weil sie irrigerweise davon ausgehen, dass die EBK die Qualität dieser Rating-Agenturen überprüft hätte.

7. Die Versicherten der 2. Säule müssten von einer Finanzkrise grösseren Ausmasses besser geschützt werden. Exponenten der SVP haben schon mehrmals die Unterstellung der Pensionskassen unter die FINMA und Stress-Tests, wie sie Privatversicherungen durchführen müssen, gefordert. Aber auch in dieser Beziehung hat sich die SP immer geweigert, Hand zu bieten.

Fazit: Viel Lärm und wenig Substanz.

Fadegrad

DaDa Hoby

VON ROLF A. SIEGENTHALER

«Die heutige Bohème der Spiegelgasse lebt gut von der Sozialhilfe des Staats und der Sponsoren. Sie verteidigt das geistige Erbe ihrer Vorväter, indem auch sie ab und zu nach der Macht schnappt. Dummerweise ist das die Hand, die sie füttert. Das kann nicht gut enden.» Dies ist die Quintessenz von Daniel Suters Tagi-Kolumne vom 12.04. 08. Thema: Die Intervention des städtischen Kulturchefs Jean-Pierre Hoby gegen das kulturell hochstehende Sex-Casting im DaDa-Haus Cabaret Voltaire. Das durchsichtige Vorgehen veranlasste Suter weiter zu folgender Aussage: «Der Akt läuft bereits mechanisch ab: Erektion an der Spiegelgasse, Ejakulationen des Unmuts und Einziehen des Dada-Schwanzes. Dahinter steckt kein schmutziger Trieb, sondern ein Systemfehler.» Die Überlegungen von Daniel Suter sind vollkommen richtig und geben ein Problem des subventionierten Kulturbetriebes wieder. Aber eben nur ein Problem. Unerwähnt bleibt die völlige Verschmelzung der Interessen der auf öffentliche Gelder spekulierenden Kulturschaffenden und der Kulturförderer der öffentlichen Hand; sie sind eins. Das Budget der Stadt Zürich weist für die Kultur einen Aufwand von 123 360 200 Fr. aus. Der Personalaufwand ist mit knapp 5 Mio. Fr. veranschlagt und um genau den geht es. Nicht nur die heutige Bohème lebt gut von Staat, auch die Kulturförderer tun das. Sie haben überhaupt kein Interesse daran, dass der Geldsegen gestoppt wird. Gestoppt werden kann er nur vom Volk und das wiederum reagiert erst, wenn Skandälchen zu Skandalen werden. Der Zürcher ist gegenüber der öffentlichen Geldverschwendung schon so abgestumpft, dass er erst bei ganz groben Verstössen den Kopf hebt, dann aber zeigt er Unmut, was unmittelbare Wirkung im Ziel entfaltet. Letztes Beispiel für diesen Mechanismus ist der Rücktritt von Monika Stocker. So weit wollen es weder der Stadtpräsident als Verantwortlicher für die Kultur, noch der städtische Kulturbeauftragte Hoby kommen lassen, sie könnten sonst ihre Pfründen verlieren. Das von Kulturschaffenden und -förderern betriebene Spiel ist jenes der kalkulierten Provokation. Schon die Römer wussten, dass gelegentliche Orgien ein probates Mittel zur gelenkten Ableitung ohnehin begrenzter Energien satter Eliten darstellen. Die Kulturförderung ist unserer Tage nicht weiter. Alles ist gelenkt; für Mässigung ist gesorgt, weil Förderer wie Schaffende Apparatschiks sind, die aus der gleichen Schüssel schöpfen. Während der Stadtratswahl 02 rief der leider verstorbene Hans Gmür an. Er bat mich, die staatliche Kulturförderung zu bekämpfen. Sie verunmögliche den freischaffenden Künstlern eine unabhängige wirtschaftliche Existenz und unterdrücke so freies Kunstschaffen. Das Verhältnis Hoby-DaDa ist nicht das von Arbeitgeber zu Arbeitnehmer. Es ist eine Symbiose: DaDa Hoby.

FÜR EINE BÜRGERLICHE STÄRKUNG DES STADTRATES

Was uns nicht umbringt, macht uns stark!

Der links-grün dominierte Stadtrat schafft gewerbefeindliche Rahmenbedingungen. Das private Gewerbe wird durch unfaire, staatlich unterstützte Konkurrenz bedrängt. Es ist unerlässlich, dass KMU-Betriebe endlich einen Fürsprecher im Stadtrat, in der Person von Mauro Tuena, erhalten.

BRUNO SIDLER
GEMEINDERAT SVP KREIS 11

«Schreinereibetriebe der Arbeitsintegration in Oerlikon zusammengefasst», so hat der Titel einer städtischen Medienmitteilung in der letzten Woche gelautet, den sie möglicherweise auch erhalten haben. Was heisst das? Das Sozialdepartement der Stadt Zürich hat in der Abteilung «Arbeitsintegration» verschiedene Betriebe aufgebaut, die klar und eindeutig Gewerbebetriebe auf dem freien Markt konkurrenzieren. Um die Konkurrenz zu verschärfen, werden die Sozialbetriebe für Holzbearbeitung neu in Oerlikon in der Tramonthalle zusammengefasst, weil dies (Zitat Stadtrat) «die Auslastung des Maschinenparks verbessert, Transportwege vermindert werden und weil mehr Stellen geschaffen werden können».

Damit bringt der Stadtrat klar zum Ausdruck, dass er die gewerbliche Konkurrenz aus dem Sozialdepartement stärker positionieren will – zu Lasten des privaten Gewerbes. Er schafft damit für das private Gewerbe, das sich den knallharten Marktbedingungen stellen muss, eine unfaire Konkurrenz, die auf der Basis von staatlicher Unterstützung arbeiten kann. Damit werden KMU-Betriebe benachteiligt, die in dieser Stadt Steuern bezahlen und auch Lehrlinge ausbilden.

SVP ist massiv untervertreten

Das ist ein konkretes und aktuelles Beispiel, wie der links-grün dominierte Stadtrat gewerbefeindliche Rahmenbedingungen schafft und zulässt. In diese Reihe von Beispielen passt auch das neueste Postulat von – man höre und staune – SP- und CVP-Gemeinderäten – das verlangt, dass die Stadt Zürich Bauaufträge zuerst an Firmen vergeben soll, die sich an die Vorgaben des Landesmantelvertrages halten. Aus Sicht der Linken und ihren Koalitionären sollen also die Gewerkschaften die freie Marktwirtschaft in ihr Korsett zwingen. Ob das Postulat dem Stadtrat überwiesen wird oder nicht – ein Skandal ist es so oder so.

Im Moment muss – aufgrund des Rücktrittes von Monika Stocker – ein neues Mitglied in den Zürcher Stadtrat gewählt werden. Es muss keine neue Sozialvorsteherin oder kein neuer Sozialvorsteher gewählt werden. Es muss – aufgrund des Wähleranteils auch nicht unbedingt eine Grüne oder ein Grüner gewählt werden.

Jetzt ist der Moment, wo ein Schritt zur Stärkung der bürgerlichen Kräfte im Stadtrat getan werden könnte. Es kann ja nicht sein, dass die bürgerlichen Kräfte durch drei Vertreter der 11-Prozent-Partei FDP im Stadtrat repräsentiert werden – und die 22-Prozent-Partei SVP geht leer aus.

Keine Unterstützung der anderen Parteien

Um die Ziele – bürgerliche und wirtschaftspolitische Stärkung des Stadtrates – zu erreichen, geht die SVP mit Mauro Tuena in diesen Stadtratswahlkampf. Er ist selbst Gewerbler und Teilhaber eines Zwei-Mann-Computerunternehmens, der jeden Franken zuerst verdienen muss, bevor er ihn ausgeben kann. Ein Mitglied mit solchen Erfahrungen kann dem Stadtrat von Zürich nur gut tun. Obschon Tuena mit 36 Jahren der jungen Generation zuzurechnen ist, ist er politisch kein unbeschriebenes Blatt, sondern hat zehnjährige Gemeinderatserfahrung und Führungserfahrung als Fraktionschef – im Vergleich mit einem 29-jährigen Konkurrenten, der noch in politischen Windeln herumläuft.

Gemäss den neusten Nachrichten steht die SVP mit ihrem Kandidaten wieder einmal mehr ohne Unterstützung anderer Parteien da. Das sind wir uns eigentlich gewohnt und wir lassen uns deshalb nicht zu einem Hickhack gegenüber Konkurrenten verleiten. Die SVP ist sich bewusst, dass sie mit einem fähigen und auch lernfähigen Kandidaten ins Rennen geht. Deshalb geben wir nicht auf, sondern kämpfen weiter nach dem Motto «Was uns nicht umbringt, macht uns stark!»

Fadenscheinige Argumente

Zum Schluss noch ein Gedanke, den ich doch als altgedienter SVP-Politiker noch in den Raum und zur Diskussion stellen möchte. Seit 1990 erlebe ich zum wiederholten Mal die politische Tragikomödie der anderen Parteien um die Frage «Sind SVP-Kandidaten fähig und valabel?» Immer lief und läuft das gleiche Szenario mit dem gleichen Resultat ab: Keine Unterstützung. Wenn man Medienberichten glauben darf, sind diesmal doch da und dort echte Gründe genannt worden: Der Kandidat politisiere unter der Gürtellinie, der Kandidat sei nicht fähig, ein Departement zu führen, man könne sich nicht ins Lotterbett der SVP begeben usw., so lauteten Zitate aus der FDP-Delegiertenversammlung, die im «Tages-Anzeiger» zu lesen waren.

Ich habe es nachgezählt – seit 1990 präsentierte die SVP neun verschiedene Persönlichkeiten für die verschiedenen Stadtratswahlen. Bei allen neun Personen wurde die Unterstützung verweigert.

Wenn man in diesem Zusammenhang die oben erwähnten Ablehnungsgründe betrachtet, so schleicht sich einem der Gedanke ins Bewusstsein, diese Argumente könnten auf dem Nährboden von Selbstüberschätzung und Arroganz gewachsen sein. Aber lassen wir das – begeben wir uns in einen harten, aber fairen Wahlkampf, in dem die Wählerschaft aufgrund von echten und überzeugenden Argumenten entscheiden kann.

Streitgespräch zur «Einbürgerungsinitiative»

Dienstag, 29. April 2008, 20.00 Uhr
Stürmeierhuus Schlieren, grosser Saal

Öffentliche Diskussionsveranstaltung mit den Nationalräten

Daniel Jositsch, SP
Hans Fehr, SVP

Gesprächsleitung: **Daniel Winter,** Chefredaktor Limmattaler Zeitung

Anschliessend sind Sie herzlich zum Apéro eingeladen!

SVP Schweizerische Volkspartei Bezirk Dietikon
Sozialdemokratische Partei Bezirk Dietikon SP

Stadtratsersatzwahl in Zürich

Einladung zum öffentlichen Podium der NZZ und Radio DRS

NZZ-Bistro (Falkenstrasse 12, 8008 Zürich)

Montag, 28. April, 20.00 Uhr

Mauro Tuena gegen Kandidatin der Grünen

Über Ihre aktive Unterstützung aus dem Publikum würde ich mich sehr freuen!
Herzlichen Dank!

Mauro Tuena
SVP-Stadtratskandidat

Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Da ist Mauro Tuena anzutreffen:

Strassenaktionen

Di., 29. April 2008
07.00–08.00 Klusplatz, 8032 Zürich
12.00–13.00 Einkaufszentrum Witikon, 8053 Zürich
18.00–19.00 Römerhof, 8032 Zürich

Mi., 30. April 2008
07.00–08.00 Lindenplatz, 8048 Zürich
12.00–13.00 Lindenplatz, 8048 Zürich
18.00–19.00 Lindenplatz, 8048 Zürich

Fr., 2. Mai 2008
12.00–13.00 Haltestelle 46, Rütihof, 8049 Zürich

Missbräuche stoppen – Bürokratie abbauen

Einladung zum Puurezmorge

Samstag, 3. Mai 2008, 09.00 Uhr
Restaurant Bahnhof Wollishofen
Seestrasse 339, 8038 Zürich-Wollishofen
(Tram Nr. 7 oder S-Bahn bis Bahnhof Wollishofen)

Anwesende Persönlichkeiten:

Mauro Tuena
Gemeinderat, Präsident der SVP-Gemeinderatsfraktion und Stadtratskandidat

Alfred Heer
Nationalrat, Kantonsrat und Präsident der SVP-Kantonsratsfraktion

Wir freuen uns auf Ihr Erscheinen!

Ernst Bachmann,
Kantonsrat und Präsident SVP Kreis 1 und 2

Schweizer Qualität SVP Die Partei des Mittelstandes

130.8.510

ANZEIGE

Tulpen mit dem Handy bezahlen

Bargeldloses Zahlungssystem für Hofladen und Blumenfeld

ePay24 Handyzahlung PostFinance ist eine Dienstleistung der ePark24 AG
www.epay24.ch 044 315 5150

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Aus Nachlässen und Erbschaften: Grosse Sammlung Ölbilder, Cheminée- und Wanduhren, Schiffsutensilien wie: Holz-Steuerräder, Messing-Lampen, Fernrohre, Kompasse, Sextanten, Taucherhelm, Spiegel mit Goldrahmen gross, Petrollampen, Barometer; Jg. 29 und 32 CH und ERICSON-Telefone und vieles mehr, zu sehr günstigen Preisen! Besichtigung und Infos, Tel. 079 656 94 43.

Neue Gefriertruhe, 368 Liter, 160 cm breit, nur Fr. 790.–, 2 Jahre Garantie. ELECTRA AG, 8632 Tann. Telefon 055 251 41 08.

3 neue Geschirrspüler ELECTROLUX, Bestnoten AAA à nur Fr. 1590.–, fertig ausgetauscht und altes Gerät entsorgt, 2 Jahre Garantie, ELECTRA AG, Hauptstrasse 55, 8632 Tann, Tel. 055 251 41 00. www.electra.ch (seit 1973).

Trommelmähwerk Deutz-Fahr mit integriertem Knicker, 1,85 m, guter Zustand; **Glattwalze,** 3-teilig, 2,10 m, Wasserbefüllung. Tel. 044 865 40 10.

Maiskolbenschrot, melassiert in Big-Bag, ab Hof oder geliefert. Stefan Pünter, Hombrechtikon, Tel. 079 694 49 41.

Bauholz: 8 Stück 80x100x5000, Fr. 8.–/Stück; 8 Stück 30x130x5000, Fr. 4.–/Stück. Grösserer Posten **Latten**, 18 bis 25 mm, 2,5 bis 6 m, sehr günstiger Preis. Tel. 044 761 57 94.

Rind, braun, hornlos. Vater Zeus CH, 9 Monate trächtig mit Zeus VS. Isidor Gemperli, Ebnet, 8488 Turbenthal, Tel. 052 385 32 85.

VW Golf II ab Platz, Fr. 500.–. **Antiquitäten:** Selbsthalterpflug, Obstmühle mit Steinwalzen, Wagenräder Holz, geschmiedete Sachen, Militär-Ordonnanz-Velo usw. Tel. 052 318 14 17, ab 17.30 Uhr.

Neu vom Rebenschneider **Bio-Wein ab Wagen!** Tempelhof, 8453 Alten, Tel. 052 317 16 47.

Schöner **Hobelbank** 230x65 cm mit zusätzlichen Schubladen. Tel. 079 430 31 28.

Maissiloballen. Tel. 044 480 02 02.

Plastikgitter 600x400x215 cm, starke Ausführung, zum Zügeln, Vorräte usw. Fr. 6.80/Stück. Tel. 079 430 31 28.

Treibhaus, 2x2 m mit First. Neuwertig, wurde nur halb aufgestellt. Fr. 100.–. Tel. 044 341 71 34.

Roller, Piaggio NRG 50 Extreme, 02, wenig gefahren. Günstig abzugeben. Tel. 044 850 44 20.

Günstig – **Festbänke**, Garnitur à 5 m, stabile Ausführung. Preis nach Vereinbarung. Tel. 044 850 44 20.

Neue **Küchenmaschine** Philips HR 7744 zum Mixen, Mahlen, Schneiden à Fr. 120.– (NP Fr. 229.–; **Leiterwägeli** aus Holz, Länge zirka 65 cm, Breite 45 cm, à Fr. 120.–, Tel. 079 642 57 75.

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung! Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei. **Tel. 044 822 26 11.**

Ballenförderband für Strohballen, 10 bis 15 m. A. Meier, Nussbaumen, Tel. 079 217 64 69.

Heurüstmaschine, Kranmodell, El. Heumesser S + M. Tel. 079 678 81 49.

Wir suchen **Stapler,** egal Benzin- oder Diesel sowie **Bagger**; div. **Baumaschinen**. Gute Bezahlung! Wird sofort abgeholt.
Tel. 079 620 01 83.

ZU VERSCHENKEN

Heubelüftung «Grimm», 7,5 PS, radial; **Heuverteilanlage «Grimm»,** 10 m, guter Zustand, Tel. 044 932 14 12.

REISEN

asy2travel Julie Warren – Ihr Reiseprofi, persönlich, familiär und professionell in Kloten. «Zürcher Bote»-Leser erhalten Fr. 50.– Erstbuchungsrabatt. Rufen Sie an! Tel. 044 803 39 23 oder info@easy2travel.ch, www. easy2travel.ch

IMMOBILIEN

Pensonierter **Immobilienfachmann** übernimmt den **Verkauf EFH, MFH, STE Baulandes.** Tel. 044 994 76 47.

Zu verkaufen in **Vals** im Haus Zervreila **renoviertes Studio**. Nähere Infos unter Tel. 044 221 11 12, Di–Fr. 9.00 bis 18.00 Uhr.

ZU VERMIETEN

Büros und Werkstatt inkl. Nebenräume, Gewerbezone beim Bahnhof Thalheim. Tel. 052 336 14 31, GGT, 8478 Thalheim.

HERSTELLER-SPIELZEUG

Das Generationen-Spielzeug. www.spielzeugstall.ch.

DIVERSES

Gehen Sie ins Altersheim? Wohnungsräumungen gratis oder Kauf des gesamten Inventars. Tel. 079 667 79 82.

STELLEN

Maschinenring sucht **motivierte Leute,** die anpacken können, Raum Kanton Zürich für Landwirtschaft, Gartenbau, Bau, wochenweise oder länger, Tel. 055 240 41 41.

Milchviehbetrieb mit Milchverarbeitung sucht **MitarbeiterIn/PraktikantIn** für Sommer oder länger. Tel. 052 685 29 64, Fam. Iutke Schipholt.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

GESUCHT

Achtung! Haben Sie ungebrauchte Velos im Keller (noch fahrbar), hole Sie gratis ab. Tel. 079 667 79 82.

Alpplätze oder Weideflächen für Galtkühe gesucht. Ab zirka 10. Mai für zwei Monate. Tel. 043 277 05 05.

Aushilfs-Traktorführer für Saison 2008, Zürcher Oberland. Weitere Infos unter Tel. 079 213 20 36.

FREIZEIT/KONTAKTE

Äusserst attraktive, liebenswerte, fröhliche und spontane **Frau** (34 Jahre, 173 cm), möchte gerne auf diese Weise einen ebenso liebenswerten, intelligenten, gutaussehenden Mann kennenlernen. Zuschriften an: Freundin777@hotmail.com.

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name
Vorname
Strasse
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.

Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

MIETE GEGEN ARBEIT

Mann, 62, sucht **Aushilfsarbeit gegen Wohngelegenheit.** Kanton Zürich. Tel. 076 393 99 02, mittags oder SMS.

FITNESS

Ihr Ziel: fit und schlank? Persönliche Beratung, Tel. 079 288 85 67. www.be-

WEIN-IN CONCERT

1. Mai «Tag der offenen Wein-Keller».

Degustieren Sie Henggarter Weine und Grappa bei Edi und Maya Frauenfelder in Henggart.
Mit Live-Musik und Festwirtschaft, 11.00–18.00 Uhr.

www.grappathek.ch

ZÜCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

5x Fr. 10.– Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 30. April 2008:**

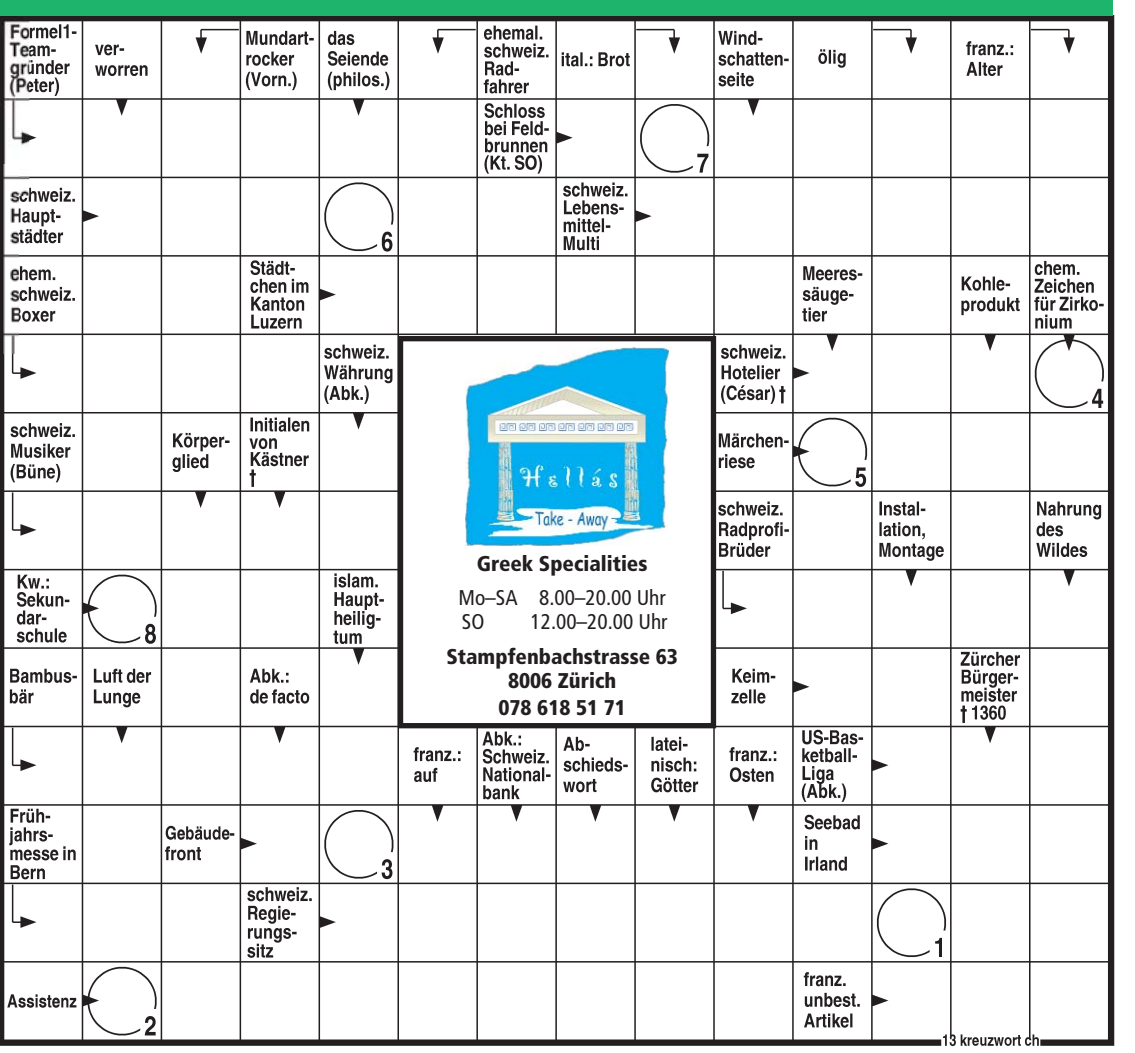
Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 14/08
Lösungswort: Abreise

Gewinner: H. Halter, Dietikon

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7	8

Lösungswort Woche 17/08

Schweizerische Volkspartei
Bezirk Andelfingen

Willkommen bei der SVP

Einladung zu einer Informationsveranstaltung für Mitglieder und Sympathisanten der SVP Bezirk Andelfingen

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

Datum: **Mittwoch, 30. April 2008**
Zeit: **20.30 Uhr (Apéro ab 20.00 Uhr)**
Ort: **Landgasthof Schwert, Oberstammheim**

- Begrüssung durch Konrad Langhart, Präsident SVP Bezirk Andelfingen
- Referat von Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz
- Diskussion

Informieren Sie sich aus erster Hand über die aktuelle Lage in der Schweiz und in unserer Region, über die Arbeit und die politischen Ziele der SVP. Diskutieren Sie mit Nationalrat Toni Brunner, unseren Kantonsräten und den Parteiverantwortlichen. Wir freuen uns auf einen interessanten Abend.

SVP Bezirk Andelfingen

SVP-SCHIESSEN

Freitag, 26. September 2008 bis Sonntag, 28. September 2008, Illnau-Effretikon. Weitere SVP-Schiessen: 2009 im Bezirk Andelfingen und 2010 im Bezirk Dielsdorf.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 28. April 2008, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Schmiden.

VERANSTALTUNGEN MIT CHRISTOPH BLOCHER

Thema «Ja zur Einbürgerungs-Initiative»

Montag, 28. April 2008, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Forum im Ried, Landquart, öffentliche Veranstaltung mit a. Bundesrat Christoph Blocher. Eintritt frei. Veranstalter: SVP Bündner Herrschaft und Junge SVP Graubünden.

Dienstag, 29. April 2008, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Zentrum Gersag, Emmenbrücke, öffentliche Veranstaltung mit a. Bundesrat Christoph Blocher. Eintritt frei. Veranstalter: SVP Kanton Luzern.

Sabato 3 maggio, ore 10.30 (apertura porte ore 10.00), Casino, Lugano. Christoph Blocher parla e risponde alle vostre domande «Sì all'iniziativa sulle naturalizzazioni». Entrata libera. Organizzatore: UDC Ticino.

Mittwoch, 7. Mai 2008, 20.00 Uhr (Türöffnung ab 19.00 Uhr mit Verpflegungsmöglichkeit), Erlimatthalle, Erlimattstrasse, Däniken, öffentliche Veranstaltung mit a. Bundesrat Christoph Blocher. Eintritt frei. Veranstalter: SVP Kanton Solothurn / SVP Däniken und SVP Gretzenbach.

Donnerstag, 8. Mai 2008, 20.15 Uhr, KUSPO, Kultur- und Sportzentrum, beim Schloss, Oberemattstrasse, Pratteln, öffentlicher Parteitag mit a. Bundesrat Christoph Blocher. Veranstalter: SVP Baselland in Kooperation mit der SVP Basel-Stadt und dem Verband Basellandschaftlicher Bürgergemeinden.

Mittwoch, 14. Mai 2008, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Saal Dorfmatt, Rotkreuz, öffentliche Veranstaltung mit a. Bundesrat Christoph Blocher. Eintritt frei. Veranstalter: SVP Kanton Zug.

Aktion
Eintauschen!
Matratzen
ab Fr. 640.–
bis 17. Mai 2008
Beim Kauf einer Gesundheitsmatratze vergüten wir Fr. 100.– oder schenken Ihnen ein Seidenduvet, 160 x 210 cm
Wir nehmen Ihre alte Matratze GRATIS zurück und entsorgen sie fachgerecht.
STÖRCHLI GmbH MÖBELHAUS
Frohwiesstr. 5 8330 Pfäffikon
Telefon 044 950 17 86
www.moebel-stoerchli.ch
Garant für gutes Wohnen

Die Profis vom Land
Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für
► Gewerbe ► Bau
► Industrie ► Gartenbau
tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
► Tel. 055 240 41 41 ► info@mrzo.ch
Maschinenring

Montag, 19. Mai 2008, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), im Foyer des Hallenstadions, Wallisellenstrasse 45, Zürich, öffentliche Veranstaltung mit a. Bundesrat Christoph Blocher. Eintritt frei. Veranstalter: SVP des Kantons Zürich.

Dienstag, 20. Mai 2008, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), im Räberhus, Niederbipp, öffentliche Veranstaltung mit a. Bundesrat Christoph Blocher. Eintritt frei. Veranstalter: SVP Oberaargau und Sektion Niederbipp.

Freitag, 23. Mai 2008, 20.00 Uhr (Türöffnung 18.30 Uhr – mit Speis und Trank), Mehrzweckhalle Weissenstein, Würenlingen, öffentliche Veranstaltung mit a. Bundesrat Christoph Blocher. Eintritt frei. Veranstalter: SVP Würenlingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 26. Mai 2008, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum Ebertswil (alte Post), Parteiversammlung.

Samstag, 31. Mai 2008, 9.00 Uhr, auf dem Betrieb Baumann, Langrüti, Ebertswil, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Wandel in der Landwirtschaft». Programm: 9.30 Uhr: Vortrag Landschaftsvernetzung; 10.30 bis 13.00 Uhr: Besichtigung der zwei neu erstellten Milchbetriebe (60 bis 80 Kühe). Anschliessend Festwirtschaft. Infostand der SVP Hausen am Albis.

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 30. April 2008, 20.30 Uhr (Apéro ab 20.00 Uhr), Landgasthof Schwert, Oberstammheim, Informationsveranstaltung für Mitglieder und Sympathisanten mit Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz. Begrüssung durch Konrad Langhart, Präsident SVP Bezirk Andelfingen. Referat von Nationalrat Toni Brunner, Diskussion. Informieren Sie sich aus erster Hand über die aktuelle Lage in der Schweiz und in unserer Region, über die Arbeit und die politischen Ziele der SVP. Diskutieren Sie mit Nationalrat Toni Brunner, unseren Kantonsräten und den Parteiverantwortlichen. Wir freuen uns auf einen interessanten Abend.

Bezirk Andelfingen / Henggart
Mittwoch, 21. Mai 2008, 12.15–14.00 Uhr, Restaurant Bahnhof, Henggart, öffentlicher Politlunch mit Referat von Nationalrat Hans Fehr zum Thema «Opposition der SVP zum Nutzen der Schweiz» (ab 13.00 Uhr). Anschliessend Diskussion.

Bezirk Bülach / Wallisellen
Donnerstag, 8. Mai 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Spöde, Sportzentrum Wallisellen, Zielackerstrasse 26, Wallisellen, Parteiversammlung mit Gastreferent Nationalrat Hans Fehr. Er spricht zu den Themen «Einbürgerungsinitiative», «Initiative Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» und Verfassungsartikel «Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung».

Bezirk Dielsdorf / Dänikon
Mittwoch, 7. Mai 2008, 20.00 Uhr, Anna-Stüssi-Haus, Dänikon, Podiumsdiskussion zum Thema «Einbürgerungen – ein demokratischer Entscheid oder bloss Verwaltungsakt?» (Einbürgerungs-Initiative). Pro: Nationalrat Alfred Heer, Präsident der Kantonsratsfraktion, Zürich (SVP), Nationalrat Filippo Leutenegger, Zürich (FDP), kontra: Nationalrätin Marlies Bänziger, Winterthur (GPS) und Nationalrätin Anita Thanei, Zürich (SP). Gesprächsleitung: Christine Fivian, Chefredaktorin «Zürcher Unterländer».

Bezirk Dielsdorf / Regensdorf
Donnerstag, 1. Mai 2008, 11.00–17.00 Uhr, auf dem Dorfplatz, Watt, Weindegustation der Watter Weine. Die Festwirtschaft mit moderaten Preisen bietet Gelegenheit, über Politik und anderes zu diskutieren. Wir freuen uns auf zahlreiches Erscheinen.

Bezirk Dietikon
Dienstag, 29. April 2008, 20.00 Uhr, Stürmeierhuus, Schlieren (grosser Saal), Streitgespräch zur Einbürgerungsinitiative. Öffentliche Diskussionsveranstaltung mit den Nationalräten Prof. Dr. Daniel Jositsch (SP) und Hans Fehr (SVP). Gesprächsleitung: Daniel Winter, Chefredaktor Limmattaler Zeitung. Anschliessend sind Sie herzlich zum Apéro eingeladen.

Bezirk Dietikon / Dietikon
Montag, 28. April 2008, 20.00 Uhr, Hotel Sommerau-Ticino, Dietikon, Parteiversammlung. Ab 19.30 Uhr Apéro, gesponsert von Renault Automobile AG, Hohlstrasse 100, Zürich.

Donnerstag, 1. Mai 2008, 16.00 Uhr, bei Kurt und Elsbeth Bräm, Im Basi, Dietikon, Grillplausch (Cervelats, Bratwürste, Steaks, Getränke nach Wahl, friedliche Preise und gute Stimmung). Kommen Sie mit Ihrer Familie, Ihren Freunden und Bekannten!

Bezirk Dietikon / Schlieren
Samstag, 3. Mai 2008, 9.00–12.00 Uhr, Salmenkreuzung, Schlieren, Standaktion zur Einbürgerungs-Initiative.

Samstag, 10. Mai 2008, 9.00–12.00 Uhr, Salmenkreuzung, Schlieren, Standaktion zur Einbürgerungsinitiative.

Bezirk Horgen / Horgen
Donnerstag, 8. Mai 2008, 19.00 Uhr, Seehotel Meierhof, Horgen, Generalversammlung. Im Anschluss (20.00 Uhr), Referat von Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz.

Bezirk Horgen / Langnau am Albis
Samstag, 10. Mai 2008, ab 14.00 Uhr und Sonntag, 11. Mai 2008, 18.00 Uhr, Renggerchilbi im Gutsbetrieb Rengg. Zum 25. Mal Musik, Stimmung, Essen und Trinken, Steinewerfen, Reiten, Kutschenfahrten. Samstag ab 18.00 Uhr Tanz mit dem Seestern-Quintett, Sonntag ab 9.00 Uhr Muttertagsbrunch, musikalische Unterhaltung durch das Akkordeon-Orchester Adliswil und das Trio Jauck mit Franz. Organisation: SVP Langnau am Albis und Jodlerclub Langnau am Albis.

Bezirk Horgen / Wädenswil
Samstag, 10. Mai 2008, 9.00–12.00 Uhr, vor der UBS AG, Zugerstrasse 11, Wädenswil, Standaktion zur «Einbürgerungsvorlage». Anwesend sind u.a. die Nationalräte Ernst Schibli und Bruno Zuppiger.

Dienstag, 13. Mai 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Alte Zugerstrasse 26, Wädenswil (beim Kreisel Autobahnausfahrt Wädenswil / genügend PP vorhanden!), 2-Kantone-Veranstaltung zur Abstimmungsvorlage «Für demokratische Einbürgerungen». Anwesend sind die Nationalräte Prof. Dr. Christoph Mörgeli (SVP ZH), Dr. Pirmin Schwander (SVP SZ), Andi Tschümperlin (SP SZ) und Prof. Dr. Daniel Jositsch (SP ZH). Moderation: Tobias Keller, Redaktor Radio 24. Nutzen Sie die Gelegenheit, sich über dieses wichtige Thema zu informieren und den Teilnehmern anschliessend Fragen zu stellen. Die Veranstaltung ist öffentlich – alle sind eingeladen und herzlich willkommen.

Dienstag, 20. Mai 2008, 19.00 Uhr (Apéro), Landgasthof Halbinsel Au, Generalversammlung. Im Anschluss referiert Daniela Vas, Parteisekretärin der SVP des Kantons Zürich, über das Erfolgsgeheimnis der SVP. Bei gemütlichem Zusammensein offeriert die SVP Wädenswil aus der Küche des Restaurants Halbinsel Au ein Imbiss. Getränke gehen auf eigene Rechnung.

Bezirk Meilen / Herrliberg
Samstag, 17. Mai 2008, 9.30–12.00 Uhr, vor der Landi, Herrliberg, Standaktion zur Einbürgerungsinitiative.

Bezirk Meilen / Hombrechtikon
Samstag, 17. Mai 2008, 9.00–12.00 Uhr, vor der Migros, Hombrechtikon, Standaktion zur Einbürgerungsinitiative.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Freitag, 16. Mai 2008, 17.00–20.00 Uhr, COOP, Dorfstrasse, Küsnacht, Standaktion zur Einbürgerungsinitiative. Anwesend sind u.a. Kantonsrätin Theres Weber und Gregor A. Rutz (ehem. Generalsekretär SVP).

Bezirk Meilen / Meilen
Donnerstag, 1. Mai 2008, 10.30 Uhr (Apéro), im «Ländeli», Obermeilen, Besichtigung «Seerettungsdienst Meilen/Uetikon». Programm: 11.00 bis 11.30 Uhr: Begrüssung / Einführung durch SRD Meilen/Uetikon; ab 11.30 Uhr: Rundfahrten mit «em Seebueb» in Gruppen; ab 11.45 Uhr: Festwirtschaft. Gemütlicher Teil im Zelt. Die Veranstaltung findet bei jeder Witterung statt. Parkieren: Da nur wenige Parkplätze zur Verfügung stehen, bitte den Ortsbus Nr. 920/925 bis Haltestelle Alterszentrum Dollikon nehmen.

Samstag, 17. Mai 2008, 9.30–11.30 Uhr, vor dem Volg, Meilen, Standaktion zur Einbürgerungsinitiative.

Bezirk Meilen / Uetikon am See
Samstag, 3. Mai 2008, 9.30–11.30 Uhr, vor dem Volg, Uetikon am See, Standaktion zur Einbürgerungsinitiative. Anwesend sind u.a. Kantonsrätin Theres Weber und Gregor A. Rutz (ehem. Generalsekretär SVP).

Bezirk Pfäffikon
Freitag, 16. Mai 2008, 20.00 Uhr, Palmeria, Stiftung zur Palme, Hochstrasse 31–38, Pfäffikon, Willkommensanlass für Neumitglieder und Interessenten. Begrüssung durch Walter Linsi, Präsident SVP Bezirk Pfäffikon. Christian Spoerlé, Gemeindepräsident von Bauma im Gespräch mit Max Binder, Nationalrat und Stadtrat Illnau-Effretikon; Stefan Krebs, Kantonsrat und Gemeinderat Pfäffikon; Regula Kuhn, Kantonsrätin und Gemeinderätin Illnau-Effretikon und Hans Heinrich Raths, Kantonsrat und Gemeindepräsident Pfäffikon. Anschliessend Diskussion. Danach haben Sie bei einem Apéro die Möglichkeit, unsere Politiker näher kennen zu lernen. Nutzen Sie diese erstklassige Gelegenheit!

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Dienstag, 6. Mai 2008, 19.30 Uhr, Restaurant Frieden, Usterstrasse, Illnau, Podiumsveranstaltung zum Thema «Einbürgerungs-Initiative». Teilnehmer: Nationalrat Max Binder, SVP (pro) und Nationalrätin Marlies Bänziger, Grüne (contra). Organisator: Gemeinderat Urs Käppeli und Viktor Liechti.

Bezirk Uster / Dübendorf
Samstag, 3. Mai 2008, 9.00–12.00 Uhr, beim Citycenter, Dübendorf, Standaktion zur Einbürgerungsinitiative.

Mittwoch, 14. Mai 2008, 19.00 Uhr, Restaurant Waldmannsburg, Dübendorf, Anlass für Interessenten und Mitglieder. Apéro mit Informationen über die SVP Dübendorf. Teilnehmer: Nationalrätin Natalie Rickli, Kantonsrat Heinrich Wuhrmann, Stadträte, Gemeinderäte und Behördenmitglieder der SVP Dübendorf. Anschliessend Möglichkeit zur Teilnahme an der Parteiversammlung der SVP Dübendorf.

Bezirk Uster / Uster
Mittwoch, 7. Mai 2008, 18.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil, Anlass für Interessenten und Neumitglieder. Apéro mit Informationen über die SVP Uster. Teilnehmer: Nationalrat Bruno Zuppiger, Behörden- und Vorstandsmitglieder der SVP Uster.

Bezirk Uster / Wangen-Brüttisellen
Samstag, 28. Juni 2008, 8.00–11.00 Uhr, SVP-Puurezmorge für Neumitglieder und Interessierte anlässlich des Dorfstrassenfestes in Brüttisellen.

Bezirk Winterthur / Altikon, Dinhard und Rickenbach
Donnerstag, 8. Mai 2008, 20.00 Uhr, Schulhaus, Dinhard, Abstimmungspodium zum Thema «Einbürgerungsinitiative (eidg. Abstimmung vom 1. Juni 2008)». Referenten Pro: Natalie Rickli, Nationalrätin (SVP), Gregor A. Rutz, ehem. Generalsekretär SVP Schweiz, contra: Marlis Bänziger, Nationalrätin (Grüne) und Christian Ulrich, Präsident SP Winterthur. Gesprächsleitung: Fredy Kradolfer, Redaktionsleiter Winterthurer Zeitung. Im Anschluss Apéro.

Bezirk Winterthur / Elgg
Montag, 19. Mai 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Krone, Elgg, Podiumsdiskussion zur Einbürgerungsinitiative mit Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Nationalrat (SVP) und Prof. Dr. Daniel Jositsch, Nationalrat (SP).

Bezirk Winterthur / Oberi
Samstag, 10. Mai 2008, 08.00–12.00 Uhr, Römertor, Oberwinterthur, Standaktion zur Einbürgerungsinitiative.

Bezirk Winterthur / Seen
Samstag, 17. Mai 2008, 08.00–12.00 Uhr, Einkaufszentrum, Winterthur-Seen, Standaktion zur Einbürgerungsinitiative.

Bezirk Winterthur / Wülflingen
Samstag, 24. Mai 2008, 08.00–12.00 Uhr, Lindenplatz, Winterthur-Wülflingen, Standaktion zur Einbürgerungsinitiative.

Bezirk Winterthur Stadt
Montag, 28. April 2008, 20.00 Uhr, Hotel Zentrum Töss, Eigersaal, Zürcherstrasse 106, Winterthur, Podiumsdiskussion zum Thema «Demokratische Einbürgerungen – Ja oder Nein?». Pro: Natalie Rickli, Nationalrätin (SVP), Gregor A. Rutz, ehem. Generalsekretär SVP Schweiz, contra: Prof. Dr. Daniel Jositsch, Nationalrat (SP) und Nicolas Galladé, Kantonsrat (SP). Moderation: Fredy Kradolfer, Redaktor Winterthurer Zeitung.

Junge SVP Winterthur
Samstag, 26. April 2008, 9.30–12.00 Uhr, Marktgasse (bei PKZ), Winterthur, Standaktion zur Einbürgerungsinitiative.

Samstag, 10. Mai 2008, 9.30–12.00 Uhr, Marktgasse (bei PKZ), Winterthur, Standaktion zur Minarett-initiative.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Samstag, 3. Mai 2008, 9.00–11.00 Uhr, Restaurant Bahnhof Wollishofen (Saal), Seestrasse 339, Zürich-Wollishofen (Tram Nr. 7 oder S-Bahn bis Bahnhof Wollishofen), Puurezmorge. Sie werden Gelegenheit haben, Stadtratskandidat Mauro Tuena, Präsident der Gemeinderatsfraktion, kennenzulernen. Ebenfalls anwesend wird Nationalrat Alfred Heer, Präsident der Kantonsratsfraktion, sein. Er spricht zur Einbürgerungs-Initiative.

Donnerstag, 8. Mai 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Bahnhof Wollishofen (Saal), Seestrasse 339, Zürich-Wollishofen, Generalversammlung.

Stadt Zürich / Kreis 3
Donnerstag, 15. Mai 2008, 19.30 Uhr, Restaurant Oberes Triemli, Birmensdorferstrasse 533, Zürich, Generalversammlung. Ab 19.00 Uhr: Apéro für alle Neumitglieder und Mitglieder der SVP Kreis 3. Gastreferent: Gemeinderat und Fraktionspräsident Mauro Tuena, Stadtratskandidat.

Stadt Zürich / Kreis 7
Donnerstag, 8. Mai 2008, 19.00 Uhr, Restaurant Burgwies, Forchstrasse 271, Zürich, Kennenlern-Apéro für Mitglieder und Neumitglieder. Gast: Gemeinderat Mauro Tuena, Stadtratskandidat. Lernen Sie ihn persönlich kennen. Der feine Apéro mit kleinen Häppchen wird Ihnen von der Kreispartei 7 offeriert.

Stadt Zürich / Kreis 9
Dienstag, 27. Mai 2008, 19.30 Uhr, Restaurant Sternen Albisrieden (Jägerstübli), Albisriederstrasse 371, Zürich, Höck zum Thema «Abstimmungen vom 1. Juni 2008».

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 6. Juni 2008, 19.00 Uhr, Atelier «Blumen Sue», Felsenrainstrasse 149, Zürich, Grillabend im Partyraum.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Samstag, 26. April 2008, 9.00–12.00 Uhr, Migros, Schwamendingen, Standaktion.

Samstag, 3. Mai 2008, 13.30–15.30 Uhr, Meierhofplatz, Höngg, Standaktion.

Montag, 5. Mai 2008, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung. Mauro Tuena, Stadtratskandidat der SVP Stadt Zürich, stellt sich vor. Besuchen Sie die neue Homepage von Mauro Tuena (http://www.mauro-tuena.ch).

Samstag, 10. Mai 2008, 9.00–12.00 Uhr, Marktplatz, Oerlikon (Brunnen hinter Swissôtel), Standaktion.

Weitere Standaktionen (jeweils am Samstag): 17. Mai, 24. Mai, 31. Mai 2008. Nähere Angaben folgen.

SVP-Frauen Kanton Zürich

Mittwoch, 10. September 2008, 19.00 Uhr, Kommissionssitzung. Mitglieder und Sympathisanten sind herzlich willkommen! Details folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 14. Mai 2008, 19.30 Uhr, Gasthof Löwen, Grossdietwil LU, Gründungsfeier der SVP-Ortspartei Grossdietwil mit Ansprache von Nationalrat Hans Fehr und musikalischer Umrahmung.

Montag, 2. Juni 2008, 18.50–19.35 Uhr, Hotel Bellevue, Bern, Podium zum Thema «Brüssel lockt und schreckt. Wie die Schweiz über Europa redet» mit Nationalrat Hans Fehr, Roger Köppel, Chefredaktor Weltwoche, Nationalrätin Christa Markwalder und Roger de Weck, Publizist, im Rahmen der 3. Berner Politgespräche.

Dienstag, 3. Juni 2008, 20.00 Uhr, Restaurant zum Goldenen Kopf (grosser Saal), Marktgasse 9, Bülach, öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema «Bald ist Vatertag; doch wo sind heute die Väter – Veranstaltung zur Rolle und Stellung der Väter in der Gesellschaft». Anwesend sind u.a. Kantonsrat Matthias Hauser, SVP; Hans Peter Küpfer, Scheidungsberater von www.mannschafft.ch; Markus Theunert, Präsident von www.männer.ch; Kantonsrätin Susanne Rihs, Grüne und Markus Arnold, Parteipräsident CVP Kanton Zürich. Gesprächsleitung: Benno Büeler. Veranstalter: Demokratischer Verein Bülach, www.demokratischerverein.ch.

AUNS
Samstag, 26. April 2008, 10.30–16.00 Uhr, Hotel National, Hirschengraben, Bern, 23. ordentliche Mitgliederversammlung. Hauptreferat «Der Kampf für die Unabhängigkeit und Neutralität ist hochaktuell» von a. Bundesrat Christoph Blocher. Standortbestimmung durch AUNS-Präsident Nationalrat Dr. Pirmin Schwander. Präsentation einer Resolution durch Nationalrat Hans Fehr.

Vorankündigungen «Schweizerzeit»
Mittwoch, 14. Mai 2008, 18.45 Uhr, Parkhotel, Congress Center, Industriestrasse 14, Zug, öffentlicher Frühjahrsvortrag mit Referent Henryk M. Broder, Publizist. Er spricht zum Thema «Die letzten Tage Europas – Eurabia oder Eurasia?». Parkierungsmöglichkeiten im Neustadt-Parkhaus (zu Fuss 10 Minuten vom Bahnhof, 5 Minutem vom Parkhaus).

Freitag, 22. August 2008, «Schweizerzeit»-Sommerfest in Flaach ZH. Weitere Angaben folgen.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 15. Juni 2008, **1. Ausfahrt**.

Höcks
Dienstag, 6. Mai 2008, **1. Höck**.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Mittwoch, 21. Mai 2008, 14.30 Uhr (Türöffnung 14.00 Uhr), Kirchenzentrum Glaubten (grosser Saal), Riedenhaldenstrasse 1, Zürich-Affoltern, Generalversammlung 2008. Erreichbar mit den VBZ-Bussen 62 und 80 ab Bahnhof Oerlikon oder Triemlispital (80), Trolleybus Nr. 32 ab Bucheggplatz (alle bis Haltestelle Glaubtenstrasse). Anschliessend Gratiszvieri und Kaffee mit Kuchen. Musikalische Unterhaltung mit dem Duo Noldi Schuler.

Vortragszyklus «Wohlbefinden im Alter»
Der Verein für Aktive Senioren macht auf folgenden Vortragszyklus «Wohlbefinden im Alter» aufmerksam: Montag 2. Juni 2008; Montag, 1. September 2008 und Montag, 1. Dezember 2008. Zeit: Jeweils von 14.00 bis 16.00 Uhr. Ort: Volkshaus, Weisser Saal, Stauffacherstrasse 60, Zürich (Tram 8 oder Bus 32 bis Helvetiaplatz). Der Zürcher Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements, Direktorinnen und Direktoren, Ärztinnen und Ärzte sowie weitere Fachpersonen informieren über das vorhandene Netz von materiellen und immateriellen Angeboten für die Bevölkerung der Stadt Zürich. Zudem werden weitere, für ältere Menschen interessante Themen diskutiert. Der Eintritt ist gratis.

Programm:
Montag, 2. Juni 2008
Stadtrat Robert Neukomm: **Medikamente im Alter: Fluch und Segen**.
PD Dr. Albert Wettstein, Chefarzt Stadtärztlicher Dienst: **Rationaler Umgang mit Medikamenten**.
Prof. Dr. Ch. A. Meier, Chefarzt Medizinische Klinik Stadtspital Triemli: **Alterszucker: viel vermeidbares Leid**.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Daniela Vas (vs.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.), Hans Fehr (fe.)

Redaktion:
«Zürcher Bauer»
Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich
Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32
bauernverband@zbv.ch, PC 80–1718-7

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch